



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Reglement zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung

Anhang IIa zum Reglement für die Selbstregulierungsorganisation

Règlement sur la prévention et la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme

Annexe IIb au Règlement pour l'organisme d'autoréglementation

Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo

Allegato IIc al Regolamento per organismo di autodisciplina

Dokumenteigenschaften

Entscheidungsträger	Vorstand
Genehmigung FINMA	30. Juni 2009
Stand	Definitiv
Inkrafttreten	1. Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis

REGLEMENT ZUR PRÄVENTION UND BEKÄMPFUNG VON GELDWÄSCHEREI UND TERRORISMUSFINANZIERUNG	4
Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen	4
Kapitel 2 Sorgfaltspflichten (Art. 3 - 8 GwG)	6
1. Abschnitt Identifizierung der Vertragspartei	6
2. Abschnitt Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person (Art. 4 GwG)	11
3. Abschnitt Erneute Identifizierung oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person (Art. 5 GwG)	14
4. Abschnitt Abklärungspflicht	14
5. Abschnitt Delegation	18
6. Abschnitt Dokumentationspflicht (Art. 7 GwG)	19
Kapitel 3 Organisatorische Massnahmen (Art. 8 GwG)	20
Kapitel 4 Abbruch der Geschäftsbeziehung und Meldepflicht (Art. 9–10 GwG)	23
Kapitel 5 Schlussbestimmungen	24
RÈGLEMENT SUR LA PRÉVENTION ET LA LUTTE CONTRE LE BLANCHIMENT D'ARGENT ET LE FINANCEMENT DU TERRORISME	25
Chapitre 1 Dispositions générales	25
Chapitre 2 Obligations de diligence (art. 3 à 8 LBA)	27
Section 1 Vérification de l'identité de cocontractant	27
Section 2 Identification de l'ayant droit économique (art. 4 LBA)	31
Section 3 Renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'identification de l'ayant droit économique (art. 5 LBA)	34
Section 4 Obligations de clarification	35
Section 5 Délégation	38
Section 6 Obligation d'établir et de conserver des documents (art. 7 LBA)	39
Chapitre 3 Mesures organisationnelles (art. 8 LBA)	40
Chapitre 4 Rupture de la relation d'affaires et obligation de communiquer (art. 9 à 10 LBA)	43
Chapitre 5 Dispositions finales	44
REGOLAMENTO SULLA PREVENZIONE E LA LOTTA CONTRO IL RICICLAGGIO DI DENARO E IL FINANZIAMENTO DEL TERRORISMO	45
Capitolo 1 Disposizioni generali	45

Capitolo 2	Obblighi di diligenza (art. 3 - 8 LRD)	47
Sezione 1	Identificazione del contraente	47
Sezione 2	Accertamento relativo all'avente diritto economico (art. 4 LRD)	51
Sezione 3	Rinnovo dell'identificazione del contraente o dell'accertamento dell'avente diritto economico (art. 5 LRD)	54
Sezione 4	Obbligo di chiarimento	54
Sezione 5	Delega	58
Sezione 6	Obbligo di allestire e conservare i documenti (art. 7 LRD)	59
Capitolo 3	Provvedimenti organizzativi (art. 8 LRD)	60
Capitolo 4	Interruzione della relazione d'affari e obbligo di comunicazione (art. 9 e 10 LRD)	62
Capitolo 5	Disposizioni finali	64

Reglement zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Reglement gilt für Vermögensverwalter, die der Selbstregulierungsorganisation des Verbandes schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) angeschlossen/angegliedert sind.

² Es bestimmt im Rahmen ihrer finanzintermediären Tätigkeit im Sinne von Art. 2 Abs. 3 GwG die Pflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, insbesondere diejenigen nach dem 2. Kapitel des Geldwäschereigesetzes.

Art. 2 Gleichwertige Selbstregulierung¹

Dieses Reglement ist von der zuständigen Aufsichtsbehörde als gleichwertige Selbstregulierung im Sinne von Art. 14 Abs. 2 GwV-FINMA 1 anerkannt.

Art. 3 Allgemeine Begriffe

In diesem Reglement gelten als

- a. *Kassageschäfte* : alle Bargeschäfte (insbesondere der Geldwechsel und der Verkauf von Reisechecks), die Barzeichnung von Inhaberpapieren, sowie der Kauf und Verkauf von Edelmetallen, sofern mit diesen Geschäften keine dauernde Geschäftsbeziehung verbunden ist;
- b. *Dauernde Geschäftsbeziehungen* : Geschäftsbeziehungen, die sich nicht in der Vornahme einmaliger unterstellungspflichtiger Tätigkeiten erschöpfen. Die Vermögensverwaltung stellt eine dauernde Geschäftsbeziehung dar.
- c. *Konzern* : Gesellschaften, die durch Stimmenmehrheit oder auf andere Weise zwei oder mehrere Gesellschaften unter einheitlicher Leitung zusammenfasst und eine Konzernrechnung erstellt haben.
- d. Politisch exponierte Personen :

¹ Die Genehmigung dieses Artikels durch die FINMA steht derzeit noch aus.

1. folgende Personen mit prominenten öffentlichen Funktionen im Ausland: Staats- und Regierungschefs, hohe Politikerinnen und Politiker auf nationaler Ebene, hohe Funktionäre in Verwaltung, Justiz, Militär und Parteien auf nationaler Ebene, die obersten Organe staatlicher Unternehmen von nationaler Bedeutung,
 2. Unternehmen und Personen, welche den genannten Personen aus familiären, persönlichen oder geschäftlichen Gründen erkennbar nahe stehen.
- e. *Geld- und Wertübertragung*: der Transfer von Vermögenswerten, ausgenommen physische Transporte, durch Entgegennahme von Bargeld, Schecks oder sonstigen Zahlungsmitteln und Auszahlung einer entsprechenden Summe in Bargeld oder anderer Form durch bargeldlose Übertragung, Kommunikation, Überweisung oder sonstige Verwendung eines Zahlungs- oder Abrechnungssystems.

Art. 4 Begriff der Sitzgesellschaft

¹ Als Sitzgesellschaften gelten, unter Vorbehalt von Abs. 2 und 3, alle in- und ausländischen juristischen Personen, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Trusts, Treuhandunternehmen und ähnliche Verbindungen, die kein Handels- oder Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben.

² Juristische Personen und Gesellschaften, welche die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder oder Begünstigten durch gemeinschaftliches Handeln bezwecken oder die sich politischen, religiösen, wissenschaftlichen, künstlerischen, gemeinnützigen, geselligen oder ähnliche Zwecken widmen, gelten nicht als Sitzgesellschaften, solange sie ausschliesslich die genannten statutarischen Zwecke verfolgen.

³ Ebenfalls nicht als Sitzgesellschaften gelten Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Trusts/Treuhandunternehmungen, die eine oder mehrere Gesellschaften, welche einen Betrieb des Handels, der Fabrikation oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe führen, mehrheitlich halten und deren Zweck nicht hauptsächlich in der Verwaltung von Vermögen Dritter besteht. Diese Bestimmung ist analog auf Gesellschaften anwendbar, die Immobilien halten und verwalten.

⁴ Indizien für das Vorliegen einer Sitzgesellschaft sind gegeben, wenn

- a. keine eigenen Geschäftsräume bestehen (Adresse bei einer Drittperson, Sitz bei einem Anwalt, bei einer Treuhandgesellschaft, bei einer Bank usw.) oder
- b. kein eigenes Personal angestellt ist.

⁵ Qualifiziert der Vermögensverwalter den Vertragspartner trotz Vorliegen eines oder beider Indizien gemäss Abs. 4 nicht als Sitzgesellschaft, hält er den Grund dafür aktenkundig fest.

Art. 5 Verbotene Geschäftsbeziehungen

¹ Der Vermögensverwalter darf keine GwG-relevanten Geschäftsbeziehungen mit Banken führen, welche im Staat, nach dessen Recht sie organisiert sind, keine physische Präsenz unterhalten (fiktive Banken), sofern sie nicht Teil einer angemessen konsolidiert überwachten Finanzgruppe sind.

² Der Vermögensverwalter darf keine GwG-relevanten Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen und Personen unterhalten, von denen er weiss oder annehmen muss, dass sie den Terrorismus finanzieren oder eine kriminelle Organisation bilden, einer solchen Organisation angehören oder diese unterstützen.

Art. 6 Aufnahme der Geschäftsbeziehungen und Ausführung von Transaktionen

¹ Eine Geschäftsbeziehung gilt im Moment des Vertragsschlusses als aufgenommen.

² Im Regelfall müssen alle zur Identifizierung der Vertragspartei und zur Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person erforderlichen Dokumente und Angaben vollständig vorliegen, bevor im Rahmen einer Geschäftsbeziehung Transaktionen ausgeführt werden.

³ Fehlen einzelne Angaben zur Identifizierung der Vertragspartei und zur Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person, ist die Vermögensverwaltung ausnahmsweise zugelassen, wenn der Vermögensverwalter mit Hilfe eines angemessenen Kontrollsystems sicherstellt, dass er über die fehlenden Daten so schnell wie möglich, aber spätestens innert 90 Tagen verfügt. Nach Ablauf dieser Frist beendet der Vermögensverwalter die Geschäftsbeziehung nach den Bestimmungen des 4. Kapitels.

Kapitel 2 Sorgfaltspflichten (Art. 3 - 8 GwG)

1. Abschnitt

Identifizierung der Vertragspartei

Art. 7 Erforderliche Angaben

¹ Bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung erhebt der Finanzintermediär von der Vertragspartei folgende Angaben:

- a. für natürliche Personen und Inhaber von Einzelunternehmen
 1. Name und Vorname,
 2. Geburtsdatum,
 3. Wohnsitzadresse,

4. Staatsangehörigkeit;
 - b. für juristische Personen und Personengesellschaften
 1. Firma,
 2. Domiziladresse.

² Stammt eine Vertragspartei aus einem Land, in welchem Geburtsdaten oder Wohnsitzadressen nicht verwendet werden, entfallen diese Angaben. Diese Ausnahmesituation ist in einer Aktennotiz zu begründen

Art. 8 Natürliche Personen und Inhaber von Einzelunternehmen

¹ Bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung mit einer natürlichen Person oder einem Inhaber von Einzelunternehmen identifiziert der Vermögensverwalter die Vertragspartei, indem er Einsicht in ein Identifizierungsdokument der Vertragspartei nimmt.

² Wird die Geschäftsbeziehung ohne persönliche Vorsprache aufgenommen, so prüft der Vermögensverwalter zusätzlich die Wohnsitzadresse durch Postzustellung oder auf andere gleichwertige Weise.

³ Als zulässige Identifizierungsdokumente gelten alle Dokumente, die mit einer Fotografie versehen sind und von einer schweizerischen oder ausländischen Behörde ausgestellt werden.

⁴ Bei der Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit einem Minderjährigen vertreten durch eine mündige Person, ist die Identität der mündigen Person anstelle der Identität des Minderjährigen festzustellen.

Art. 9 Juristische Personen und Personengesellschaften

¹ Bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung mit einer juristischen Person oder Personengesellschaft identifiziert der Vermögensverwalter die Vertragspartei anhand eines der folgenden Dokumente:

- a. eines durch den Handelsregisterführer ausgestellten Handelsregisterauszugs;
- b. eines schriftlichen Auszugs aus einer durch eine Aufsichtsbehörde oder die Handelsregisterbehörde geführten Datenbank;
- c. eines schriftlichen Auszugs aus vertrauenswürdigen, privat verwalteten Verzeichnissen und Datenbanken.

² Nicht im Handelsregister eingetragene juristische Personen und Personengesellschaften sind anhand eines der folgenden Dokumente zu identifizieren:

- a. der Statuten, der Gründungsakte oder des Gründungsvertrags, einer Bestätigung der Revisionsstelle, einer behördlichen Bewilligung zur Ausübung der Tätigkeit oder eines gleichwertigen Dokuments;
- b. eines schriftlichen Auszugs aus einer durch eine Aufsichtsbehörde geführten Datenbank;
- c. eines schriftlichen Auszugs aus vertrauenswürdigen, privat verwalteten Verzeichnissen und Datenbanken.

³ Im Zeitpunkt der Identifizierung dürfen der Handelsregisterauszug, die Bestätigung der Revisionsstelle sowie der Verzeichnis- oder Datenbankauszug höchstens zwölf Monate alt sein und müssen den aktuellen Verhältnissen entsprechen.

⁴ Der Finanzintermediär besorgt den Auszug nach Absatz 1 Buchstaben b und c sowie nach Absatz 2 Buchstabe b und c selber.

Art. 10 Vertreter der juristischen Person

¹ Ist die Vertragspartei eine juristische Person, identifiziert der Vermögensverwalter die Personen, welche die Geschäftsbeziehung in ihrem Namen eröffnen, nach Art. 8.

² Weiter nimmt er Kenntnis von der Bevollmächtigungsbestimmung aufgrund eines der folgenden Dokumente

- a. handelt der Vertreter als Organ oder als bevollmächtigte Person: ein Dokument nach Art. 9, sofern er sich als Organ oder bevollmächtigte Person ausgibt;
- b. in jedem Fall: ein Dokument das von der Vertragspartei ausgestellt wurde und Auskunft gibt über die dem Vertreter erteilte Vollmacht und deren Umfang.

³ Handelt es sich bei dem Vertragspartner um einen Finanzintermediär im Sinne von Art. 2 Abs. 2 oder 3 GwG, dessen Domizil oder Sitz in der Schweiz ist, oder um einen Finanzintermediär, der eine Tätigkeit nach Art. 2 Abs. 2 oder 3 GwG ausübt, dessen Domizil oder Sitz im Ausland ist, sofern er einer gleichwertigen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung untersteht, können anstelle des Verfahrens gemäss Abs. 1 und 2 Unterschriftenbücher, elektronische Schlüssel oder andere geschäftsübliche Mittel ausgetauscht werden.

⁴ Der Vermögensverwalter vermerkt seine Vergehensweise gemäss Absatz 2 und 3 in einer Notiz im Dossier.

Art. 11 Form und Behandlung von Dokumenten

¹ Unter Vorbehalt von Art. 13 lässt sich der Vermögensverwalter die Identifizierungsdokumente im Original oder in echtheitsbestätigter Kopie vorlegen.

² Er nimmt die echtheitsbestätigte Kopie zu seinen Akten oder erstellt eine Kopie des ihm vorgelegten Dokuments, bestätigt darauf, das Original oder die echtheitsbestätigte Kopie eingesehen zu haben, und unterzeichnet und datiert die Kopie.

Art. 12 Echtheitsbestätigung

¹ Die Bestätigung über die Echtheit der Kopie des Identifizierungsdokuments kann ausgestellt werden durch:

- a. einen Notar oder eine öffentliche Stelle, die solche Echtheitsbestätigungen üblicherweise ausstellt;
- b. einen Finanzintermediär nach Artikel 2 Absatz 2 oder 3 GwG mit Domizil oder Sitz in der Schweiz oder einen Finanzintermediär mit Domizil oder Sitz im Ausland, der eine Tätigkeit nach Artikel 2 Absatz 2 oder 3 GwG ausübt, sofern er einer gleichwertigen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung untersteht

² Die Echtheitsbestätigung darf im Zeitpunkt der Identifizierung höchstens zwölf Monate alt sein.

Art. 13 Verzicht auf die Echtheitsbestätigung und Fehlen der Identifizierungsdokumente

¹ Der Vermögensverwalter kann bei den auf dem Korrespondenzweg aufgenommenen Geschäftsbeziehungen auf die Echtheitsbestätigung verzichten, wenn er die Identität und die Adresse der Vertragspartei durch zusätzliche Massnahmen überprüft.

² Verfügt eine Vertragspartei über keine Identifizierungsdokumente, so kann die Identität ausnahmsweise anhand beweiskräftiger Ersatzdokumente festgestellt werden. Diese Ausnahmesituation ist in einer Aktennotiz zu begründen

Art. 14 Kassageschäfte

¹ Bei Kassageschäften muss der Vermögensverwalter die Vertragspartei nicht identifizieren, ausser wenn eine oder mehrere Transaktionen die nachfolgend aufgeführten Beträge übersteigt.

- a. bei Geldwechselgeschäften: 5'000 Franken;
- b. bei allen anderen Kassageschäften: 25'000 Franken.

² Werden für dieselbe Vertragspartei weitere Geschäfte im Sinne von Absatz 1 ausgeführt, muss der Vermögensverwalter sich versichern, dass die Identität der auftraggebenden Vertragspartei identisch ist mit derjenigen Person, von der die Identifizierungsdokumente der ersten Transaktion stammen. Der Vermögensverwalter erstellt dazu eine Aktennotiz.

³ Bestehen Verdachtsmomente, dass Vermögenswerte aus Quellen stammen, wie sie in Artikel 9 Absatz 1 GwG aufgeführt sind, so ist die Vertragspartei unabhängig vom Erreichen der massgeblichen Beträge zu identifizieren.

Art. 15 Angabe der auftraggebenden Vertragspartei bei Zahlungsaufträgen

¹ Der Vermögensverwalter gibt bei allen Zahlungsaufträgen über mehr als 1'500 Franken den Namen, die Kontonummer und die Adresse der auftraggebenden Vertragspartei (Auftraggeber) an. Liegt keine Kontonummer des Auftraggebers vor, so muss er eine kundenbezogene Identifizierungsnummer angeben. Die Adresse kann durch das Geburtsdatum und den Geburtsort des Auftraggebers, seine Kundennummer oder seine nationale Identitätsnummer ersetzt werden.

² Bei Zahlungsaufträgen im Inland kann der Vermögensverwalter sich auf die Angabe der Kontonummer oder einer Identifizierungsnummer beschränken, sofern er die übrigen Angaben dem Finanzintermediär des Begünstigten auf dessen Anfrage hin innert drei Werktagen übermitteln kann.

³ Der Vermögensverwalter regelt das Vorgehen beim Erhalt von Zahlungsaufträgen, die unvollständige Angaben zum Auftraggeber im Sinne von Absatz 1 enthalten. Er geht dabei risikoorientiert vor.

Art. 16 Börsenkotierte juristische Personen

¹ Der Vermögensverwalter kann auf die Identifizierung einer juristischen Person verzichten, wenn sie an der Börse kotiert ist.

² Verzichtet er auf eine Identifizierung, so gibt er die Gründe im Dossier an.

Art. 17 Zusätzliche Geschäftsbeziehungen

Ein bereits korrekt identifizierter Vertragspartner, welcher zusätzliche Geschäftsbeziehungen eröffnet, muss nicht erneut identifiziert werden. Dies gilt auch für die Überprüfung der Identität der Eröffner und Kenntnisnahme von Bevollmächtigungsbestimmungen gemäss Art. 10.

Art. 18 Scheitern der Identifizierung der Vertragspartei

Kann die Vertragspartei nicht identifiziert werden, so lehnt der Finanzintermediär die Aufnahme der Geschäftsbeziehung ab oder bricht sie nach den Bestimmungen des 4. Kapitels ab.

2. Abschnitt

Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person (Art. 4 GwG)

Art. 19 Grundsatz

¹ Der Vermögensverwalter muss von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung darüber einholen, wer die wirtschaftlich berechtigte Person ist, wenn die Vertragspartei nicht mit dieser identisch ist oder wenn er daran zweifelt, dass die Vertragspartei mit ihr identisch ist, namentlich wenn:

- a. einer Person, welche nicht erkennbar in einer genügend engen Beziehung zur Vertragspartei steht, eine Vollmacht erteilt wird, die zum Rückzug von Vermögenswerten ermächtigt;
- b. er annehmen muss, dass die Vermögenswerte, die die Vertragspartei einbringt, deren finanzielle Verhältnisse übersteigen;
- c. der Kontakt mit der Vertragspartei andere ungewöhnliche Feststellungen ergibt;
- d. die Geschäftsbeziehung ohne persönliche Vorsprache der Vertragspartei aufgenommen wird.

² Der wirtschaftliche Berechtigte kann eine natürliche oder eine juristische Person sein.

Art. 20 Sitzgesellschaften

¹ Der Vermögensverwalter muss in jedem Fall von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung darüber einholen, wer die wirtschaftlich berechtigte Person ist, wenn die Vertragspartei eine Sitzgesellschaft ist. Eine Sitzgesellschaft kann nicht wirtschaftlich Berechtigte sein.

² Stellt der Finanzintermediär fest, dass eine juristische Person oder Gesellschaft, welche die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezweckt oder politische, religiöse, wissenschaftliche, künstlerische, gemeinnützige, gesellige oder ähnliche Zwecke verfolgt, nicht ausschliesslich die genannten statutarischen Zwecke verfolgt, so muss er ebenfalls von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung darüber einholen, wer die wirtschaftlich berechtigte Person ist.

Art. 21 Kassageschäfte

Bei Kassageschäften ist der Vermögensverwalter verpflichtet, eine schriftliche Erklärung darüber einzuholen, wer die wirtschaftlich berechtigte Person ist, wenn eine oder mehrere Transaktionen, die miteinander verbunden erscheinen, den folgenden Betrag erreichen oder übersteigen.

- a. bei Geldwechselgeschäften: 5'000 Franken;
- b. bei allen anderen Kassageschäften: 25'000 Franken.

² Bestehen Zweifel, dass die Vertragspartei und die wirtschaftlich berechtigte Person identisch sind oder bestehen Verdachtsmomente, dass Vermögenswerte aus Quellen stammen, wie sie in Artikel 9 Absatz 1 GwG aufgeführt sind, so ist die Identifizierung der wirtschaftlich berechtigten Person auch dann vorzunehmen, wenn die massgeblichen Beträge nicht erreicht werden.

Art. 22 Erforderliche Angaben

¹ Die Erklärung der Vertragspartei über die wirtschaftlich berechtigte Person muss folgende Angaben enthalten:

- a. für natürliche Personen und Inhaber von Einzelunternehmen:
 1. Name und Vorname,
 2. Geburtsdatum,
 3. Wohnsitzadresse und Domizilstaat,
 4. Staatsangehörigkeit;
- b. für juristische Personen und Personengesellschaften:
 1. Firma,
 2. Domiziladresse.

² Die Erklärung kann von der Vertragspartei oder von einer von ihr bevollmächtigten Person unterzeichnet werden. Bei juristischen Personen ist die Erklärung von einem Organ oder einer bevollmächtigten Person zu unterzeichnen.

³ Stammt eine wirtschaftlich berechtigte Person aus einem Land, in welchem Geburtsdaten oder Wohnsitzadressen nicht verwendet werden, so entfallen diese Angaben. Diese Ausnahmesituation ist in einer Aktennotiz zu begründen.

Art. 23 Personenverbindungen, Trusts und andere Vermögenseinheiten

¹ Bei Personenverbindungen, Trusts oder anderen Vermögenseinheiten, an denen keine bestimmte Person wirtschaftlich berechtigt ist, muss von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung verlangt werden, welche diesen Sachverhalt bestätigt. Diese Erklärung tritt anstelle der Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person. Zudem muss die Erklärung der Vertragspartei die Angaben nach Artikel 22 für folgende Personen enthalten:

- a. den effektiven Gründer;
- b. die Personen, die der Vertragspartei oder ihren Organen Instruktionen erteilen können;
- c. den nach Kategorien gegliederten Kreis von Personen, die als Begünstigte in Frage kommen können.

d. Kuratoren, Protektoren usw.

² Bei widerrufbaren Konstruktionen muss die Erklärung der Vertragspartei die Angaben nach Artikel 22 für den effektiven Gründer enthalten.

Art. 24 Spezialgesetzlich beaufsichtigter Finanzintermediär oder steuerbefreite Einrichtung der beruflichen Vorsorge als Vertragspartei

¹ Handelt es sich bei der Vertragspartei um einen spezialgesetzlich beaufsichtigten Finanzintermediär oder eine steuerbefreite Einrichtung der beruflichen Vorsorge im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe b GwG, so braucht von ihr keine Erklärung über die wirtschaftlich berechnigte Person eingeholt zu werden.

² Als spezialgesetzlich beaufsichtigter Finanzintermediär gilt:

- a. ein Finanzintermediär im Sinne von Artikel 2, Absatz 2 GwG mit Domizil oder Sitz in der Schweiz;
- b. ein Finanzintermediär mit Domizil oder Sitz im Ausland, der eine Tätigkeit nach Artikel 2 Abs. 2 GwG ausübt, sofern er einer gleichwertigen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung untersteht.

³ Bei Missbräuchen oder generellen Warnungen der FINMA über einzelne Institute oder über Institute eines bestimmten Landes muss auch eine Vertragspartei nach Absatz 1 eine Erklärung über die wirtschaftliche Berechnigung abgeben.

Art. 25 Kollektive Anlageform oder Beteiligungsgesellschaft als Vertragspartei

¹ Handelt es sich bei der Vertragspartei um eine kollektive Anlageform oder Beteiligungsgesellschaft mit mehr als zwanzig wirtschaftlich berechnigten Personen, so ist der Finanzintermediär von der Pflicht befreit, eine Erklärung über die wirtschaftlich berechnigte Person einzuholen.

² Bei kollektiven Anlageformen und Beteiligungsgesellschaften, die an der Börse kotiert sind, kann auf eine Erklärung über die wirtschaftlich berechnigte Person verzichtet werden.

Art. 26 Scheitern der Feststellung der wirtschaftlichen Berechnigung

Bleiben Zweifel an der Richtigkeit der Erklärung der Vertragspartei bestehen, und können diese nicht durch weitere Abklärungen beseitigt werden, so lehnt der Finanzintermediär die Aufnahme der Geschäftsbeziehung ab oder bricht sie nach den Bestimmungen des 4. Kapitels ab.

3. Abschnitt

Erneute Identifizierung oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person (Art. 5 GwG)

Art. 27 Erneute Identifizierung

Die Identifizierung der Vertragspartei oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person muss im Laufe der Geschäftsbeziehung wiederholt werden, wenn Zweifel aufkommen, ob

- a. die Angaben über die Identität der Vertragspartei zutreffen;
- b. die Vertragspartei mit der wirtschaftlich berechtigten Person identisch ist;
- c. die Erklärung der Vertragspartei über die wirtschaftlich berechnigte Person zutrifft.

4. Abschnitt

Abklärungspflicht

Art. 28 Informationen

¹ Der Vermögensverwalter muss für jede Geschäftsbeziehung stets Informationen über deren Art und Zweck einholen.

² Der Umfang der einzuholenden Informationen richtet sich nach dem Risiko, das die Geschäftsbeziehung darstellt.

³ Bei einer Geschäftsbeziehung ohne erhöhtes Risiko im Sinne von Art. 30 müssen Art und Zweck der Beziehung aus dem schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag mit der Vertragspartei ersichtlich sein.

Art. 29 Besondere Abklärungspflicht

¹ Eine Geschäftsbeziehung oder eine Transaktion erscheinen insbesondere als ungewöhnlich und der Vermögensverwalter muss den wirtschaftlichen Hintergrund und den Zweck in folgenden Fällen abklären:

- a. bei einer Geschäftsbeziehung mit erhöhtem Risiko gemäss Artikel 30;
- b. bei einer Transaktion mit erhöhtem Risiko gemäss Art. 31;

² Weiter muss der Vermögensverwalter Abklärungen treffen bei Vorliegen von Verdachtsmomenten gemäss Art. 6 lit. b GwG.

Art. 30 Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko

¹ Der Finanzintermediär der mehr als zwanzig dauernde Geschäftsbeziehungen unterhält, legt Kriterien fest, welche auf Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko hinweisen.

² Als Kriterien kommen je nach Geschäftsaktivität des Vermögensverwalters nach eigenen Angaben insbesondere in Frage:

- a. Sitz oder Wohnsitz der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person oder deren Staatsangehörigkeit;
- b. Art und Ort der Geschäftstätigkeit der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
- c. Fehlen eines persönlichen Kontakts zur Vertragspartei sowie zur wirtschaftlich berechtigten Person;
- d. Art der verlangten Dienstleistungen oder Produkte;
- e. Höhe der eingebrachten Vermögenswerte;
- f. Höhe der Zu- und Abflüsse von Vermögenswerten;
- g. Herkunfts- oder Zielland häufiger Zahlungen,
- h. bei Geschäftsbeziehungen mit Finanzintermediären mit Domizil oder Sitz im Ausland: die Gesetzgebung bezüglich Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, der sie unterstellt sind.

³ Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen gelten in jedem Fall als Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko.

⁴ Der Vermögensverwalter ermittelt und kennzeichnet intern die Geschäftsbeziehungen, die auf ein erhöhtes Risiko nach den Absätzen 2 und 3 hinweisen.

⁵ Müssen keine Kriterien gemäss Abs. 1 festgelegt werden, welche auf Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko hinweisen, so erfasst der Vermögensverwalter Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko anhand der Kriterien gemäss Abs. 2. Der Vermögensverwalter bezeichnet immer diejenigen Geschäftsbeziehungen als solche mit erhöhtem Risiko, bei denen die Vertragspartei oder der wirtschaftlich Berechtigte:

- a. eine politisch exponierte Person ist;
- b. den Sitz, das Domizil oder die wirtschaftliche Aktivität in einem nicht kooperativen Land oder Territorium hat oder das von internationalen Sanktionen, die von der Schweiz anerkannt sind, betroffen ist;
- c. eine Tätigkeit ausübt, die vom Seco als riskant eingestuft wird;

d. von einer Strafverfolgung wegen einem Vergehen oder Verbrechen betroffen ist.

⁶ Das oberste Geschäftsführungsorgan oder mindestens eines seiner Mitglieder beschliesst über die Aufnahme und die Weiterführung einer Geschäftsbeziehung mit erhöhtem Risiko.

Art. 31 Transaktionen mit erhöhtem Risiko

¹ Der Vermögensverwalter, der mehr als zwanzig dauernde Geschäftsbeziehungen unterhält, legt Kriterien fest, welche auf Transaktionen mit erhöhtem Risiko hinweisen.

² Als Kriterien kommen je nach eigenen Kenndaten des Vermögensverwalters insbesondere in Frage:

- a. die Höhe der Zu- und Abflüsse von Vermögenswerten;
- b. erhebliche Abweichungen gegenüber den in der Geschäftsbeziehung üblichen Transaktionsarten, -volumina und -frequenzen;
- c. erhebliche Abweichungen gegenüber den in vergleichbaren Geschäftsbeziehungen üblichen Transaktionsarten, -volumina und -frequenzen.

³ Müssen keine Kriterien gemäss Abs. 1 festgelegt werden, welche auf Transaktionen mit erhöhtem Risiko hinweisen, so erfasst der Vermögensverwalter Transaktionen mit erhöhtem Risiko anhand der Kriterien gemäss Abs. 2.

⁴ Als Transaktionen mit erhöhtem Risiko gelten in jedem Fall:

- a. Transaktionen, bei denen auf ein Mal oder gestaffelt Bargeld, Inhaberpapiere oder Edelmetalle im Wert von 100 000 Franken oder mehr physisch eingebracht oder zurückgezogen werden;
- b. Geld- und Wertübertragungen, wenn eine oder mehrere Transaktionen, die miteinander verbunden erscheinen, den Betrag von 5000 Franken erreichen oder übersteigen.

Art. 32 Überwachung der Geschäftsbeziehungen und Transaktionen

¹ Der Vermögensverwalter sorgt für eine wirksame Überwachung der Geschäftsbeziehungen und Transaktionen.

² Er stellt sicher, insbesondere bei der Abwicklung von Geschäften ohne persönlichen Kontakt zur Vertragspartei, dass die Gefahren, die von der Verwendung neuer Technologien ausgehen, angemessen im Rahmen des Risikomanagements erfasst, begrenzt und überwacht werden.

Art. 33 Inhalt der Abklärungen

¹ Bei Anwendungsfällen nach Artikel 29 beginnt der Finanzintermediär unverzüglich mit den besonderen Abklärungen.

² Abzuklären ist je nach den Umständen namentlich:

- a. die Herkunft der eingebrachten Vermögenswerte;
- b. der Verwendungszweck abgezogener Vermögenswerte;
- c. die Hintergründe der Zahlungseingänge;
- d. der Ursprung des Vermögens der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
- e. die berufliche oder geschäftliche Tätigkeit der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
- f. die finanzielle Situation der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
- g. bei juristischen Personen: wer diese beherrscht;
- h. bei Geld- und Wertübertragungen: Name, Vorname und Adresse der begünstigten Person.

Art. 34 Vorgehensweise

¹ Die Abklärungen umfassen je nach den Umständen namentlich:

- a. das Einholen schriftlicher oder mündlicher Auskünfte der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person;
- b. Besuche am Ort der Geschäftstätigkeit der Vertragspartei und der wirtschaftlich berechtigten Person;
- c. die Konsultation allgemein zugänglicher öffentlicher Quellen und Datenbanken;
- d. Erkundigungen bei Dritten.

² Der Vermögensverwalter überprüft die Ergebnisse der Abklärungen auf ihre Plausibilität und dokumentiert sie.

³ Die Abklärungen dürfen abgeschlossen werden, sobald der Vermögensverwalter zuverlässig beurteilen kann, ob die Voraussetzungen für eine Meldung nach Artikel 9 Absatz 1 GwG vorliegen.

Art. 35 Weiterführung zweifelhafter Geschäftsbeziehungen

Führt der Finanzintermediär eine zweifelhafte Geschäftsbeziehung weiter, so muss er sie genau überwachen.

5. Abschnitt

Delegation

Art. 36 Beizug Dritter

¹ Der Vermögensverwalter darf zur Identifizierung der Vertragspartei, zur Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person, zur erneuten Identifizierung oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person und zur Durchführung der besonderen Abklärungen einen anderen Finanzintermediär beiziehen, sofern dieser einer gleichwertigen Aufsicht und Regelung in Bezug auf die Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung untersteht.

² Der Vermögensverwalter darf zur Erfüllung der oben genannten Pflichten mittels einer schriftlichen Vereinbarung einen anderen Dritten beiziehen, wenn er:

- a. den Dritten sorgfältig auswählt;
- b. den Dritten über seine Aufgaben instruiert;
- c. die Erfüllung der Pflichten beim Dritten kontrolliert.

Art. 37 Identifizierung der Vertragspartei und Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person im Konzern

¹ Ist die Vertragspartei im Rahmen des Konzerns, dem der Vermögensverwalter angehört, bereits in einer den Bestimmungen dieses Reglements gleichwertigen Weise identifiziert worden, so braucht sie nicht erneut identifiziert zu werden. Jedem betroffenen Vermögensverwalter müssen Kopien der ursprünglichen Identifizierungsdokumente vorliegen.

² Dies gilt auch für die Identifizierung des Vertreters einer juristischen Person und die Kenntnisnahme der Bevollmächtigung des Vertreters.

³ Das Gleiche gilt, wenn im Rahmen des Konzerns bereits eine Erklärung über die wirtschaftlich berechnete Person eingeholt wurde. Eine Kopie der Erklärung muss bei jedem betroffenen Vermögensverwalter vorliegen.

Art. 38 Modalitäten

¹ Der Vermögensverwalter bleibt in jedem Fall für die pflichtgemässe Erfüllung der übertragenen Aufgaben persönlich verantwortlich.

² Er muss eine Kopie der Unterlagen, die zur Erfüllung der Pflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung gedient haben, zu seinen Akten nehmen. Die

beauftragte Person bestätigt dem Vermögensverwalter schriftlich, dass die ihr übergebenen Kopien den Originalunterlagen entsprechen.

³ Eine Weiterdelegation durch die beauftragte Person ist ausgeschlossen.

6. Abschnitt

Dokumentationspflicht (Art. 7 GwG)

Art. 39 Erstellung und Organisation der Dokumente

¹ Der Vermögensverwalter erstellt und organisiert seine Dokumentation so, dass die Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation oder ein von ihr nach Artikel 18 Absatz 2 GwG bezeichneter Dritter sich jederzeit ein zuverlässiges Urteil über die Einhaltung der Verpflichtungen zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bilden kann.

² Er muss insbesondere folgende Dokumente aufbewahren:

- a. eine Kopie der Dokumente, die zur Identifizierung der Vertragspartei gedient haben;
- b. in den Fällen nach dem 2. Abschnitt, die schriftliche Erklärung der Vertragspartei über die Identität der wirtschaftlich berechtigten Person;
- c. in den Fällen nach Art. 28, die schriftliche Notiz über Art und Zweck der Geschäftsbeziehung.
- d. eine schriftliche Notiz über die Ergebnisse der Anwendung der Kriterien nach Artikel 30;
- e. eine schriftliche Notiz oder die Unterlagen zu den Ergebnissen der Abklärungen nach Artikel 29;
- f. die Unterlagen zu den getätigten Transaktionen;
- g. eine Kopie der Meldungen nach Artikel 9 Absatz 1 GwG;
- h. eine Liste der von ihm unterhaltenen GwG-relevanten Geschäftsbeziehungen.

³ Die Unterlagen müssen erlauben, jede einzelne Transaktion nachzuvollziehen.

Art. 40 Aufbewahrung der Dokumente

¹ Der Vermögensverwalter hat die Unterlagen und Belege so aufzubewahren, dass er innerhalb einer angemessenen Frist einem Auskunftsbegehren der Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation schweizerischer Vermögensverwalter nachkommen kann.

² Die Unterlagen und Belege müssen an einem sicheren, jederzeit zugänglichen Ort in der Schweiz aufbewahrt werden.

³Die elektronische Aufbewahrung von Dokumenten muss die Voraussetzungen gemäss der Geschäftsbücherverordnung vom 24. April 2002 erfüllen. Der verwendete Server muss in der Schweiz sein, ansonsten muss der Vermögensverwalter über aktuelle physische oder elektronische Kopien der massgeblichen Dokumente in der Schweiz verfügen.

Kapitel 3 Organisatorische Massnahmen (Art. 8 GwG)

Art. 41 Integrität und Ausbildung

¹Der Vermögensverwalter sorgt für die sorgfältige Auswahl der Mitarbeiter, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben.

²Er sorgt weiter dafür, dass die Mitarbeiter, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, eine Ausbildung und laufende Fortbildung im Bereich der Prävention der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung erhalten. Er stellt insbesondere sicher,

- a. dass die Mitarbeiter, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, den Inhalt des 2. Kapitels des GwG und dieses Reglements kennen und auch fähig sind, die Sorgfaltspflichten bei ihrer Tätigkeit umzusetzen ;
- b. dass die Mitarbeiter der Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung über die notwendigen Kenntnisse zur Ausübung ihrer Tätigkeit verfügen ;
- c. dass der Verantwortliche zur Verhinderung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung sowie sein Stellvertreter Kenntnisse über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Verhinderung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung und zudem über eine angemessene Weiterbildung hinsichtlich der für sie wesentlichen Aspekte in diesem Bereich verfügen.

³Neu diesem Reglement unterstehende Vermögensverwalter sind verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme für die angemessene Ausbildung der Mitarbeiter zu sorgen. Neu eintretende Mitarbeiter, welche eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, haben innerhalb von 6 Monaten nach Stellenantritt eine angemessene Ausbildung zu absolvieren. Neu bestellte Verantwortliche zur Verhinderung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung und neu bestellte Stellvertreter müssen bereits bei Übernahme ihrer Funktion über die notwendige Ausbildung verfügen.

Art. 42 Interne Richtlinien

¹ Der Finanzintermediär, der mehr als zehn Personen beschäftigt, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, erstellt für seinen Betrieb interne Richtlinien bezüglich der Umsetzung der Pflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

² Er regelt darin insbesondere:

- a. die interne Aufgabenverteilung und die Zuständigkeiten;
- b. die Identifizierung der Vertragspartei;
- c. die Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person;
- d. die erneute Identifizierung oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person;
- e. die besondere Abklärungspflicht;
- f. die Dokumentationspflicht;
- g. gegebenenfalls die Kriterien zur Erkennung von Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko;
- h. gegebenenfalls die Kriterien zur Erkennung von Transaktionen mit erhöhtem Risiko;
- i. die Grundzüge der Transaktionsüberwachung;
- j. die Kriterien, nach denen Dritte gemäss Artikel 31 Absatz 2 beigezogen werden können.

³ Die internen Richtlinien sind durch das oberste Geschäftsführungsorgan zu genehmigen.

⁴ Sie sind den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in geeigneter Form mitzuteilen.

⁵ Die Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation der Vermögensverwalter kann von einem angeschlossenen Vermögensverwalter, der weniger als 10 Personen beschäftigt, die eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, dennoch verlangen, dass er interne Richtlinien erlässt, wenn dies für die interne Organisation nötig scheint.

Art. 43 Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung

¹ Der Vermögensverwalter hat die qualifizierten Personen als Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu bezeichnen.

² Die Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung umfasst mindestens einen Verantwortlichen für die Verhinderung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung und seinen Stellvertreter.

³ Mitglieder, die lediglich eine mitarbeitende Person zählen, welche eine dem GwG unterstellte Tätigkeit ausübt, bezeichnen diese als Verantwortliche(n) für die Bekämpfung der Geldwäscherei und

der Terrorismusfinanzierung. Als dessen Stellvertreter(in) benennen sie eine natürliche oder juristische Person ausserhalb des Betriebes, deren Aufgabe sich darauf beschränkt, den Zugang zu den Dokumenten zu gewährleisten. Diese Funktion kann auch der Revisionsstelle des Mitglieds übertragen werden.

⁴ Die Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung:

- a. bereitet die internen Richtlinien zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung vor und sorgt für deren Umsetzung;
- b. plant und überwacht die interne Ausbildung;
- c. berät in allen Fragen, die mit der Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zusammenhängen.

Art. 44 Interne Kontrolle

¹ Der Vermögensverwalter, dessen Personal mit dem GwG unterstellten Tätigkeiten 20 Vollzeitstellen übersteigt, bezeichnet eine oder mehrere qualifizierte Personen, welche die Einhaltung der Verpflichtungen zur Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung überwachen..

² Eine mit der Überwachung beauftragte interne Person darf

- a. keine Geschäftsbeziehungen kontrollieren, im Rahmen derer sie selbst tätig geworden ist.
- b. nicht Mitglied der Fachstelle zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sein.

³ Die Geschäftsleitung der Selbstregulierungsorganisation kann von einem angeschlossenen Vermögensverwalter, der eine oder mehrere Personen beschäftigt, die einem dem GwG unterstellte Tätigkeit ausüben, jedoch nicht Abs. 1 untersteht, dennoch verlangen, dass er eine oder mehrere Personen mit der Wahrnehmung von internen Kontrollaufgaben beauftragt, wenn dies für die Kontrolle der Einhaltung der Pflichten zur Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung notwendig erscheint.

Art. 45 Beizug Dritter

¹ Der Vermögensverwalter kann auch fachkundige externe Personen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach den Artikeln 43 Abs. 4 und Art. 44 beiziehen.

² Der Vermögensverwalter bleibt in jedem Fall für die pflichtgemässe Erfüllung der übertragenen Aufgaben persönlich verantwortlich.

Kapitel 4 Abbruch der Geschäftsbeziehung und Meldepflicht (Art. 9–10 GwG)

Art. 46 Abbruch der Geschäftsbeziehung

¹ Der Vermögensverwalter muss die Geschäftsbeziehung so rasch als möglich abbrechen, wenn:

- a. die Zweifel an den Angaben der Vertragspartei auch nach der Durchführung des Verfahrens der erneuten Identifizierung oder Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten bestehen bleiben;
- b. sich ihm der Verdacht aufdrängt, dass ihm wissentlich falsche Angaben über die Identität der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person gemacht wurden.

Art. 47 Unzulässiger Abbruch der Geschäftsbeziehung

¹ Sind die Voraussetzungen für die Meldepflicht nach Artikel 9 Absatz 1 GwG erfüllt, so darf die Geschäftsbeziehung mit der Vertragspartei nicht abgebrochen werden.

² Der Vermögensverwalter darf eine Geschäftsbeziehung nicht abbrechen oder eine Verschiebung bedeutender Vermögenswerte zulassen, wenn konkrete Anzeichen dafür bestehen, dass eine Beschlagnahme oder eine andere behördliche Sicherstellungsmassnahme unmittelbar bevorstehen.

Art. 48 Vermögensverwaltung

Während der Dauer der Vermögenssperre ist die Vermögensverwaltung weiterhin erlaubt, sofern diese keine Geschäfte umfasst, welche Vermögensverschiebungen in der Vermögenssphäre bewirken.

Art. 49 Verhalten bei fehlender Behördenverfügung

Erhält der Finanzintermediär nach einer Meldung von den Strafverfolgungsbehörden innerhalb der gesetzlichen Frist von fünf Werktagen keine Verfügung, welche die Sperre der Vermögenswerte aufrechterhält, so kann er nach eigenem Ermessen entscheiden, ob und in welchem Rahmen er die Geschäftsbeziehung weiterführen will.

Art. 50 Melderecht

Hat ein Vermögensverwalter bei einer Geschäftsbeziehung keinen begründeten Verdacht gemäss Art. 9 Abs. 1 GwG, aber Wahrnehmungen gemacht, die darauf schliessen lassen, dass Vermögenswerte aus einem Verbrechen herrühren oder legale Gelder für einen kriminellen Zweck missbraucht werden, so kann er diese gestützt auf das Melderecht von Artikel 305ter Absatz 2 des Strafgesetzbuches den Strafverfolgungsbehörden und der Meldestelle für Geldwäscherei melden.

Art. 51 Rückerstattung der Vermögenswerte

Bricht der Vermögensverwalter in einem Fall nach den Artikeln 18, 26, 46 oder auf Grund der Abklärungen nach Artikel 29 die Geschäftsbeziehung ab oder lehnt er die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung ab, so darf er die Vermögenswerte, soweit sie den Betrag von 25 000 Franken überschreiten, nur in einer Form zurückerstatten, die es den Behörden erlaubt, deren Spur weiterzuverfolgen („paper trail“).

Art. 52 Vermögenssperre durch Dritte

Wenn der Vermögensverwalter selber keine Vermögenssperre verhängen kann, informiert er den Finanzintermediär, der dazu in der Lage ist und dem GwG unterstellt ist.

Kapitel 5 Schlussbestimmungen

Art. 53 Übergangsbestimmungen

¹ Der Vermögensverwalter muss die Anforderungen nach Artikel 10 bei neuen Geschäftsbeziehungen erfüllen, die nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Änderung eingegangen werden. Bei bestehenden Geschäftsbeziehungen müssen die Anforderungen erfüllt werden, wenn eine erneute Identifizierung oder Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person nach Artikel 27 durchgeführt werden muss.

² Der Vermögensverwalter errichtet eine Kontrolle gemäss Art. 44 bis zum 1. Januar 2010.

Règlement sur la prévention et la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme

Chapitre 1 Dispositions générales

Art. 1 Champ d'application et objet

¹ Le présent règlement s'applique aux gérants de fortune affiliés à l'Organisme d'autorégulation de l'Association suisse des gérants de fortune (ASG).

² Il précise, pour ce qui concerne leur activité d'intermédiaire au sens de l'article 2, alinéa 3 LBA, leurs obligations en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme, en particulier celles prévues au chapitre 2 de la LBA.

Art. 2 Autorégulation équivalente²

Le présent règlement est reconnu par l'autorité de surveillance compétente comme autorégulation équivalente au sens de l'art. 14 alinéa 2 OBA FINMA 1.

Art. 3 Définitions générales

Au sens du présent règlement, on entend par:

- a. *opération de caisse* : toute transaction au comptant, en particulier le change, la vente de chèques de voyage, la souscription de titres au porteur et l'achat et la vente de métaux précieux, si ces transactions n'ont pas de lien avec des relations d'affaires durables.
- b. *relation d'affaires durable* : relation d'affaires qui ne se limite pas à l'exécution d'activités assujetties uniques. La gestion de fortune constitue une relation d'affaires durable.
- c. *groupe* : société qui, par la détention de la majorité des voix ou d'une autre manière, réunit deux ou plusieurs sociétés sous une direction unique et établit des comptes consolidés.
- d. *personnes politiquement exposées*:
 1. les personnes suivantes occupant des fonctions publiques importantes à l'étranger : les chefs d'Etat ou de gouvernement, les politiciens de haut rang au niveau national, les hauts fonctionnaires de l'administration, de la justice, de l'armée et des partis au niveau national, les organes et entreprises étatiques d'importance nationale à leur plus haut niveau;
 2. les entreprises et les personnes qui, de manière reconnaissable, sont proches des personnes précitées pour des raisons familiales, personnelles ou d'affaires.

² Disposition en cours d'approbation par la FINMA.

- e. *transmission de fonds et de valeurs*: le transfert de valeurs patrimoniales, à l'exception du transport physique, par l'acceptation d'espèces, de chèques ou d'instruments de paiement suivi de la remise de la somme équivalente en espèces ou sous toute autre forme au moyen d'une transmission, d'une communication, d'un virement ou d'un autre système de paiement ou de compensation.

Art. 4 Définition de la société de domicile

¹ Sont réputées sociétés de domicile, sous réserve des alinéas 2 et 3, toutes les personnes morales suisses et étrangères, sociétés, établissements, fondations, trusts, entreprises fiduciaires et constructions semblables, qui n'exercent pas une activité de commerce ou de fabrication, ou une autre activité exploitée en la forme commerciale.

² Ne sont pas considérées comme sociétés de domicile les personnes morales et sociétés qui ont pour but la sauvegarde des intérêts de leurs membres ou de leurs bénéficiaires par une action commune, ou qui se consacrent à des buts politiques, religieux, scientifiques, artistiques, de bienfaisance, de récréation ou à des buts analogues, et qui se tiennent exclusivement aux buts statutaires précités.

³ Ne sont pas non plus considérées comme étant des sociétés de domicile les sociétés, établissements, fondations, trusts et entreprises fiduciaires qui détiennent la majorité du capital d'une ou plusieurs sociétés exerçant une activité de commerce ou de fabrication ou une autre activité exploitée en la forme commerciale, et dont le but ne consiste pas principalement à gérer le patrimoine de tiers. Cette disposition est applicable par analogie aux sociétés qui détiennent et administrent des immeubles.

⁴ Une société présente des indices qu'elle est une société de domicile lorsque :

- a. elle ne dispose pas de ses propres locaux (adresse auprès d'un tiers, siège auprès d'un avocat, d'une société fiduciaire, d'une banque, etc.) ou
- b. elle n'a pas de personnel propre.

⁵ Si, malgré la présence des deux indices précités ou de l'un d'entre eux, le gérant de fortune décide qu'il ne s'agit pas d'une société de domicile, il verse au dossier une note décrivant les motifs de sa décision.

Art. 5 Relations d'affaires interdites

¹ Le gérant de fortune ne doit entretenir aucune relation d'affaires soumise à la LBA avec des banques qui n'ont pas de présence physique dans l'Etat selon le droit duquel elles sont organisées (banques fictives), à moins qu'elles ne fassent partie d'un groupe financier faisant l'objet d'une surveillance consolidée adéquate.

² Le gérant de fortune ne doit entretenir aucune relation d'affaires soumise à la LBA avec des entreprises ou des personnes dont il sait ou doit présumer qu'elles financent le terrorisme ou constituent une organisation criminelle, qu'elles sont membres d'une telle organisation ou qu'elles la soutiennent.

Art. 6 Etablissement de la relation d'affaires et exécution des transactions

¹ Une relation d'affaires est considérée comme établie au moment de la conclusion du contrat.

² En règle générale, aucune transaction ne peut être exécutée avant l'obtention intégrale de tous les documents et informations exigés pour la vérification de l'identité du cocontractant et l'identification de l'ayant droit économique.

³ Si quelques données relatives à la vérification de l'identité du cocontractant ou à l'identification de l'ayant droit économique font défaut, la gestion de fortune est exceptionnellement autorisée, à la condition que le gérant de fortune s'assure au moyen d'un système de contrôle adéquat qu'il obtienne les données manquantes dès que possible, mais au plus tard dans les 90 jours. Passé ce délai, le gérant de fortune met un terme à la relation d'affaires conformément aux dispositions du chapitre 4.

Chapitre 2 Obligations de diligence (art. 3 à 8 LBA)

Section 1

Vérification de l'identité de cocontractant

Art. 7 Informations requises

¹ Lors de l'établissement d'une relation d'affaires, le gérant de fortune requiert de son cocontractant les informations suivantes:

- a. pour les personnes physiques et les titulaires de raisons individuelles:
 1. le nom et le prénom;
 2. la date de naissance;
 3. l'adresse de domicile;
 4. la nationalité.
- b. pour les personnes morales et les sociétés de personnes:
 1. la raison sociale;
 2. l'adresse du siège.

² Si le cocontractant est ressortissant d'un Etat dans lequel les dates de naissance ou les adresses de domicile ne sont pas utilisées, l'obligation de fournir ces informations ne s'applique pas. Cette dérogation doit être motivée dans une note au dossier.

Art. 8 Personnes physiques et titulaires de raisons individuelles

¹ Lors de l'établissement d'une relation d'affaires avec une personne physique ou une raison individuelle, le gérant de fortune vérifie l'identité du cocontractant sur la base d'un document d'identité.

² Lorsque la relation d'affaires est établie sans que les parties ne se soient rencontrées, le gérant de fortune vérifie en outre l'adresse de domicile par échange de correspondance ou par tout autre moyen adéquat.

³ Sont admis tous les documents d'identité délivrés par une autorité suisse ou étrangère et munis d'une photographie.

⁴ Lors de l'établissement d'une relation d'affaires avec un mineur représenté par une personne majeure, il convient de vérifier l'identité de la personne majeure en lieu et place de celle du mineur.

Art. 9 Personnes morales et sociétés de personnes

¹ Lors de l'établissement d'une relation d'affaires avec une personne morale ou une société de personnes, le gérant de fortune vérifie l'identité du cocontractant sur la base d'un des documents suivants:

- a. un extrait du registre du commerce délivré par le préposé au registre du commerce;
- b. un extrait sur papier tiré d'une banque de données administrée par une autorité de surveillance ou par les autorités du registre du commerce;
- c. un extrait sur papier tiré d'un répertoire ou d'une banque de données fiable administré par une société privée.

² L'identité des personnes morales et des sociétés de personnes qui ne sont pas inscrites au registre du commerce est vérifiée sur la base d'un des documents suivants:

- a. les statuts, l'acte ou le contrat de fondation, une attestation de l'organe de révision, une autorisation officielle d'exercer une activité ou un document équivalent;
- b. un extrait sur papier tiré d'une banque de données administrée par une autorité de surveillance;
- c. un extrait sur papier tiré d'un répertoire ou d'une banque de données fiable administré par une société privée.

³ Au moment de l'identification, l'extrait du registre du commerce, l'attestation de l'organe de révision ainsi que l'extrait du répertoire ou de la banque de données ne doivent pas dater de plus de 12 mois et être à jour.

⁴ Le gérant de fortune se procure lui-même l'extrait selon l'alinéa 1, lettres b et c, et l'alinéa 2, lettre b et c.

Art. 10 Représentants d'une personne morale

¹ Lorsque le cocontractant est une personne morale, le gérant de fortune vérifie l'identité des personnes qui établissent la relation d'affaires en son nom, conformément à l'article 8.

² En outre, il prend connaissance de leurs pouvoirs de représentation, sur la base d'un des documents suivants:

- a. lorsque le représentant agit en tant qu'organe ou fondé de procuration: un document conforme à l'article 9, s'il fait état de sa qualité d'organe ou de fondé de procuration;
- b. dans tous les cas: un document émanant du cocontractant et faisant état des pouvoirs de représentation conférés au représentant et de leur étendue.

³ Lorsque le cocontractant est un intermédiaire financier suisse au sens de l'article 2, alinéa 2 ou 3 LBA dont le domicile ou le siège est en Suisse ou un intermédiaire financier qui exerce une activité mentionnée à l'article 2, alinéa 2 ou 3 LBA, dont le domicile ou le siège est à l'étranger, s'il est assujéti à une surveillance et à une réglementation équivalente en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme, le gérant de fortune peut, en guise d'alternative à la procédure définie aux alinéas 1 et 2, se faire remettre un registre de signatures, ou recourir à un échange de clés électroniques ou à tout autre moyen habituellement utilisé dans le domaine.

⁴ Le gérant de fortune consigne sa démarche selon les alinéas 2 et 3 dans une note au dossier.

Art. 11 Forme et traitement des documents

¹ Sous réserve de l'article 13, le gérant de fortune se fait remettre les originaux des documents d'identité ou une copie certifiée conforme.

² Il conserve au dossier la copie certifiée conforme ou fait une copie du document qui lui est présenté, sur laquelle il mentionne avoir examiné l'original ou la copie certifiée conforme ; il date et signe la copie.

Art. 12 Attestation d'authenticité

¹ L'attestation d'authenticité de la copie du document d'identification peut être délivrée par:

- a. un notaire ou une instance publique qui délivre habituellement de telles authentications.
- b. un intermédiaire financier au sens de l'article 2, alinéa 2 ou 3 LBA, dont le domicile ou le siège est en Suisse ou un intermédiaire financier qui exerce une activité mentionnée à l'article 2, alinéa 2 ou 3 LBA, dont le domicile ou le siège est à l'étranger, s'il est assujéti à une surveillance et à une réglementation équivalentes en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Au moment de l'identification, l'attestation d'authenticité ne doit pas dater de plus de douze mois.

Art. 13 Renonciation à l'attestation d'authenticité et absence de document d'identité

¹ Le gérant de fortune peut renoncer à l'attestation d'authenticité dans les relations d'affaires établies par correspondance, s'il prévoit des mesures supplémentaires permettant de vérifier l'identité et l'adresse du cocontractant.

² Si le cocontractant ne dispose d'aucun document d'identité, son identité peut, à titre exceptionnel, être vérifiée sur la base d'autres documents probants. Cette dérogation doit être motivée dans une note au dossier.

Art. 14 Opérations de caisse

¹ Lors d'une opération de caisse, le gérant de fortune ne vérifie l'identité du cocontractant que lorsqu'une ou plusieurs transactions paraissant liées entre elles atteignent ou excèdent les sommes suivantes:

- a. 5'000 francs lors d'une opération de change;
- b. 25'000 francs lors de toute autre opération de caisse.

² Lorsque de nouvelles opérations au sens de l'alinéa 1 sont effectuées avec un même cocontractant, le gérant de fortune s'assure que l'identité de la personne sollicitant l'opération coïncide avec celle figurant dans les documents ayant servi à la vérification de l'identité lors de la première opération et intègre une note au dossier.

³ Lorsqu'il existe des indices que les valeurs patrimoniales proviennent d'une source mentionnée à l'article 9, alinéa 1 LBA, l'identité du cocontractant doit être vérifiée même si les montants déterminants ne sont pas atteints.

Art. 15 Indication du cocontractant donneur d'ordre lors de virements

¹ Pour tous les ordres de virement de plus de 1'500 francs, le gérant de fortune indique le nom, le numéro de compte et l'adresse du cocontractant donneur d'ordre (donneur d'ordre). En l'absence du numéro de compte, l'intermédiaire financier doit utiliser un numéro d'identification unique. L'adresse

peut être remplacée par le lieu et la date de naissance du donneur d'ordre, par son numéro de client ou par son numéro d'identité national.

² Pour les ordres de virement nationaux, le gérant de fortune peut se limiter à l'indication du numéro de compte ou d'un numéro d'identification unique, pour autant qu'il soit en mesure de fournir les indications restantes à l'intermédiaire financier du bénéficiaire, à sa demande, dans un délai de trois jours ouvrables.

³ Le gérant de fortune règle la procédure à suivre en cas de réception d'ordres de virement contenant des informations sur le donneur d'ordre incomplètes au sens de l'alinéa 1. Il suit dans ce cadre une approche fondée sur les risques.

Art. 16 Personnes morales cotées en bourse

¹ Le gérant de fortune peut s'abstenir de vérifier l'identité d'une personne morale si celle-ci est cotée en bourse.

² S'il s'abstient de vérifier l'identité du cocontractant, il en indique le motif dans le dossier.

Art. 17 Relations d'affaires supplémentaires

Lorsqu'un cocontractant, dont la vérification de l'identité a été correctement effectuée, ouvre des relations d'affaires supplémentaires, il n'y a pas lieu de procéder une nouvelle fois à la vérification de son identité. Cette règle vaut également dans le cadre de l'identification de la personne qui établit la relation d'affaires et de la prise de connaissance des dispositions régissant le pouvoir d'engager le cocontractant, au sens de l'article 10.

Art. 18 Echec de la vérification de l'identité du cocontractant

Lorsque l'identité du cocontractant n'a pas pu être vérifiée, l'intermédiaire financier refuse d'établir une relation d'affaires ou la rompt conformément aux dispositions du chapitre 4.

Section 2

Identification de l'ayant droit économique (art. 4 LBA)

Art. 19 Principe

¹ Le gérant de fortune requiert du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de l'ayant droit économique lorsque le cocontractant n'est pas l'ayant droit économique ou lorsqu'il y a un doute que le cocontractant soit l'ayant droit économique, en particulier lorsque:

- a. une personne qui ne saurait manifestation avoir des liens suffisamment étroits avec le cocontractant dispose d'une procuration qui permet le retrait de valeurs patrimoniales;
- b. manifestement les valeurs patrimoniales remises sont hors de proportion avec la situation financière du cocontractant;
- c. les contacts avec le cocontractant l'amènent à faire d'autres constatations insolites;
- d. La relation d'affaires est établie sans qu'une rencontre ait lieu avec le cocontractant.

² L'ayant droit économique peut être une personne physique ou une personne morale.

Art. 20 Sociétés de domicile

¹ Le gérant de fortune doit, dans tous les cas, requérir du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de l'ayant droit économique lorsque le cocontractant est une société de domicile. Une société de domicile ne peut pas avoir la qualité d'ayant droit économique.

² Lorsque l'intermédiaire financier constate qu'une personne morale ou société qui a pour but la sauvegarde des intérêts de ses membres par une action commune, ou qui se consacre à des buts politiques, religieux, scientifiques, artistiques, de bienfaisance, de récréation ou à des buts analogues, ne poursuit pas exclusivement ses buts statutaires, il doit également requérir du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de l'ayant droit économique.

Art. 21 Opérations de caisse

¹ Lors d'une opération de caisse, l'intermédiaire financier n'est tenu de requérir du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de l'ayant droit économique que lorsqu'une ou plusieurs transactions paraissant liées entre elles atteignent ou excèdent les sommes suivantes :

- a. 5'000 francs lors d'une opération de change;
- b. 25'000 francs lors de toute autre opération de caisse.

² En cas de doute que le cocontractant soit l'ayant droit économique ou lorsqu'il existe des indices que les valeurs patrimoniales proviennent d'une source mentionnée à l'article 9, alinéa 1 LBA, la déclaration relative à l'ayant droit économique doit être requise même si les montants déterminants ne sont pas atteints.

Art. 22 Informations requises

¹ La déclaration du cocontractant concernant l'ayant droit économique doit contenir les informations suivantes:

- a. pour les personnes physiques et les titulaires de raison individuelle:
 1. le nom et le prénom;

2. la date de naissance;
3. l'adresse de domicile;
4. la nationalité.

b. pour les personnes morales et les sociétés de personnes:

1. la raison sociale;
2. l'adresse du siège.

² La déclaration du cocontractant concernant l'ayant droit économique peut être signée par le cocontractant ou par un fondé de procuration. Dans le cas des personnes morales, la déclaration est signée par un organe ou par un fondé de procuration.

³ Si l'ayant droit économique est ressortissant d'un état dans lequel les dates de naissance ou les adresses de domicile ne sont pas utilisées, l'obligation de fournir ces informations ne s'applique pas. Cette dérogation doit être motivée par une note au dossier.

Art. 23 Groupes organisés de personnes, trusts et autres patrimoines organisés

¹ Dans le cas des groupes organisés de personnes, trusts et autres patrimoines organisés qui n'ont pas d'ayant droit économique déterminé, une déclaration écrite confirmant cet état de fait doit être exigée du cocontractant, en lieu et place de l'identification de l'ayant droit économique. La déclaration du cocontractant doit donc contenir les informations requises à l'article 22 sur les personnes suivantes:

- a. le fondateur effectif;
- b. les personnes habilitées à donner des instructions au cocontractant ou à ses organes;
- c. le cercle des personnes, par catégorie, pouvant entrer en ligne de compte comme bénéficiaires;
- d. les curateurs, protecteurs, etc.

² S'agissant des constructions révocables, la déclaration du cocontractant doit contenir les informations requises à l'article 22 sur le fondateur effectif.

Art. 24 Intermédiaire financier soumis à une surveillance instituée par une loi spéciale ou institution de prévoyance exemptée d'impôts en tant que cocontractant

¹ Si le cocontractant est un intermédiaire financier soumis à une surveillance instituée par une loi spéciale ou une institution de prévoyance professionnelle exemptée d'impôts au sens de l'article 2, alinéa 4, lettre b LBA, il n'est pas nécessaire de lui demander une déclaration relative à l'ayant droit économique.

² Est réputé intermédiaire financier soumis à une surveillance instituée par une loi spéciale:

- a. un intermédiaire financier au sens de l'article 2, alinéa 2 LBA, dont le domicile ou le siège est en Suisse;
- b. un intermédiaire financier qui exerce une activité mentionnée à l'article 2, alinéa 2 LBA, et dont le domicile ou le siège est à l'étranger, s'il est assujéti à une surveillance et une réglementation équivalentes en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

³ En cas d'abus ou de mises en garde générales de la FINMA relative à des établissements déterminés ou à des établissements d'un pays déterminé, un cocontractant selon l'alinéa 1 doit également remettre une déclaration relative à l'ayant droit économique.

Art. 25 Forme de placement collectif ou société de participations en tant que cocontractant

¹ Lorsque le cocontractant est une forme de placement collectif ou une société de participations qui regroupe plus de vingt ayants droit économiques, l'intermédiaire financier est libéré de l'obligation d'exiger une déclaration relative aux ayants droit économiques.

² Il n'y a pas lieu d'exiger une déclaration relative à l'ayant droit économique pour les formes de placement collectives et les sociétés de participation cotées en bourse.

Art. 26 Echec de l'identification de l'ayant droit économique

Lorsque des doutes persistent quant à l'exactitude de la déclaration du cocontractant et qu'ils ne peuvent être levés par d'autres clarifications, l'intermédiaire financier refuse d'établir une relation d'affaires ou la rompt conformément aux dispositions du chapitre 4.

Section 3

Renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'identification de l'ayant droit économique (art. 5 LBA)

Art. 27 Renouvellement

La vérification de l'identité du cocontractant ou l'identification de l'ayant droit économique doit être renouvelée au cours de la relation d'affaires lorsqu'un doute survient sur:

- a. l'exactitude des indications concernant l'identité du cocontractant;
- b. le fait que le cocontractant est lui-même l'ayant droit économique;
- c. l'exactitude de la déclaration remise par le cocontractant au sujet de l'ayant droit économique.

Section 4

Obligations de clarification

Art. 28 Collecte d'informations

¹ Pour chaque relation d'affaires, le gérant de fortune doit systématiquement collecter des informations relatives à l'objet et au but de cette relation.

² L'étendue des informations à collecter est fonction de risque que représente la relation d'affaires.

³ Lorsque la relation d'affaires ne présente pas un risque accru au sens de l'article 30, l'objet et le but de la relation sont réputés ressortir du contrat écrit de gérant de fortune conclu avec le cocontractant.

Art. 29 Obligation particulière de clarification

¹ Une relation d'affaires ou une transaction est notamment présumée inhabituelle et le gérant de fortune doit en clarifier l'arrière-plan économique et le but dans les cas suivants:

- a. une relation d'affaires présentant un risque accru au sens de l'article 30;
- b. une transaction présentant un risque accru au sens de l'article 31;

² Le gérant de fortune doit en outre procéder à une clarification en présence d'indices au sens de l'article 6, lettre b LBA.

Art. 30 Relations d'affaires présentant un risque accru

¹ Le gérant de fortune qui a plus de vingt relations d'affaires durables établit les critères permettant de détecter les relations d'affaires présentant un risque accru.

² Entrent notamment en considération, selon les caractéristiques propres, et notamment les compétences, du gérant de fortune, les critères suivants:

- a. le siège ou le domicile du cocontractant et de l'ayant droit économique ainsi que leur nationalité;
- b. le type et le lieu de l'activité commerciale du cocontractant et de l'ayant droit économique;
- c. l'absence de contact personnel avec le cocontractant et l'ayant droit économique;
- d. le type de prestations ou de produits sollicités;
- e. le montant des valeurs patrimoniales remises;
- f. les montants des entrées et des sorties de valeurs patrimoniales;
- g. le pays d'origine ou de destination de paiements fréquents;

h. dans les relations d'affaires avec des intermédiaires financiers dont le domicile ou le siège est à l'étranger : la législation en matière de blanchiment d'argent et de financement du terrorisme à laquelle ils sont soumis.

³ Les relations d'affaires avec des personnes politiquement exposées doivent être considérées dans tous les cas comme présentant un risque accru.

⁴ Le gérant de fortune détermine les relations d'affaires présentant un risque accru conformément aux alinéas 2 et 3 et les désigne comme telles pour l'usage interne.

⁵ Lorsqu'il n'est pas tenu d'établir les critères permettant de détecter les relations d'affaires présentant un risque accru au sens de l'alinéa 1, le gérant de fortune détermine des relations d'affaires présentant un risque accru en se fondant sur les critères mentionnés à l'alinéa 2. Dans tous les cas, le gérant de fortune désigne comme présentant un risque accru les relations d'affaires dont le cocontractant ou l'ayant droit économique :

- a. est une personne politiquement exposée;
- b. a son siège, son domicile ou son activité économique dans un pays ou territoire non coopératif ou faisant l'objet de sanctions internationales reconnues par la Suisse;
- c. exerce une activité reconnue comme risquée par le seco;
- d. fait l'objet de poursuites pénales pour crime ou délit.

⁶ L'organe de direction a son plus haut niveau ou au moins l'un de ses membres décide de l'admission et de la poursuite des relations d'affaires présentant un risque accru.

Art. 31 Transactions présentant un risque accru

¹ Le gérant de fortune qui a plus de vingt relations d'affaires durables établit les critères permettant de détecter les transactions présentant un risque accru.

² Entrent notamment en considération, selon les caractéristiques propres du gérant de fortune, les critères suivants:

- a. les montants des entrées et des sorties de valeurs patrimoniales;
- b. des changements significatifs par rapport aux types de transactions pratiquées habituellement dans le cadre de la relation d'affaires, par rapport aux montants ou à la fréquence des transactions;
- c. des changements significatifs par rapport aux types de transactions pratiquées habituellement dans le cadre de relations d'affaires comparables par rapport aux montants et aux fréquences des transactions.

³ Lorsqu'il n'est pas tenu d'établir les critères permettant de détecter les transactions présentant un risque accru au sens de l'alinéa 1, le gérant de fortune détermine des transactions présentant un risque accru en se fondant sur les critères mentionnés à l'alinéa 2.

⁴ Doivent être considérées dans tous les cas comme présentant un risque accru, les transactions:

- a. dans le cadre desquelles de l'argent au comptant, des titres au porteur ou des métaux précieux d'une contre-valeur atteignant ou excédant 100'000 francs sont déposés ou retirés en une fois ou de manière échelonnée;
- b. de transmission de fonds et de valeurs lorsqu'une ou plusieurs transactions paraissant liées entre elles atteignent ou excèdent la somme de 5'000 francs.

Art. 32 Surveillance des relations d'affaires et des transactions

¹ Le gérant de fortune veille à la mise en place d'une surveillance efficace des relations d'affaires et des transactions.

² Il s'assure, notamment lors d'opérations effectuées sans contact personnel avec le cocontractant, que les risques liés à l'utilisation de nouvelles technologies sont identifiés, limités ou contrôlés de manière adéquate dans le cadre de la gestion des risques.

Art. 33 Contenu de la clarification

¹ En présence d'un cas énoncé à l'article 29, le gérant de fortune procède sans délai aux clarifications particulières.

² Selon les circonstances, doivent notamment être clarifiés:

- a. l'origine des valeurs patrimoniales remises;
- b. l'utilisation des valeurs patrimoniales prélevées;
- c. l'arrière-plan économique des versements entrants ;
- d. l'origine du cocontractant et de l'ayant droit économique;
- e. l'activité professionnelle ou commerciale du cocontractant et de l'ayant droit économique;
- f. la situation financière du cocontractant et de l'ayant droit économique;
- g. pour les personnes morales: qui les contrôle;
- h. en cas de transmission de fonds et de valeurs, le nom, le prénom et l'adresse de la personne destinataire des fonds.

Art. 34 Procédure

¹ Selon les circonstances, les clarifications consistent notamment à :

- a. demander des renseignements écrits ou oraux au cocontractant ou à l'ayant droit économique;
- b. visiter les lieux où le cocontractant et l'ayant droit économique conduisent leurs affaires;

- c. consulter les sources et les banques de données accessibles au public;
- d. demander des renseignements auprès de tiers.

² Le gérant de fortune examine la plausibilité des résultats de ses clarifications et les documents.

³ Les clarifications peuvent être achevées aussitôt que le gérant de fortune peut juger de manière fiable si les conditions requises pour une communication au sens de l'article 9, alinéa 1 LBA sont remplies.

Art. 35 Poursuite de relations d'affaires douteuses

Le gérant de fortune qui poursuit une relation d'affaires douteuse est tenu de la maintenir sous surveillance stricte.

Section 5

Délégation

Art. 36 Recours à un tiers

¹ Pour la vérification de l'identification du cocontractant, l'identification de l'ayant droit économique, le renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'identification de l'ayant droit économique ainsi que l'exécution des obligations de clarification, le gérant de fortune peut faire appel à un autre intermédiaire financier, si celui est assujéti à une surveillance et à une réglementation équivalentes en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Le gérant de fortune peut, par convention écrite, faire appel à un autre tiers pour l'exécution des obligations citées à l'alinéa 1:

- a. s'il choisit ce tiers avec soin;
- b. s'il l'instruit sur les tâches à accomplir;
- c. s'il contrôle l'exécution des obligations auprès du tiers.

Art. 37 Vérification de l'identité du cocontractant et identification de l'ayant droit économique au sein d'un groupe

¹ Lorsque l'identité d'un cocontractant a déjà été vérifiée de manière équivalente aux modalités prévues par le présent règlement au sein du groupe auquel appartient le gérant de fortune, une nouvelle vérification n'est pas nécessaire. Chaque gérant de fortune concerné doit disposer d'une copie des documents ayant servi à la vérification initiale.

² Il en va de même pour la vérification de l'identité des représentants d'une personne morale et pour la prise de connaissance de leurs pouvoirs de représentation.

³ Le même principe est applicable lorsqu'une déclaration relative à l'ayant droit économique a déjà été obtenu au sein du groupe. Chaque gérant de fortune concerné doit disposer d'une copie de la déclaration.

Art. 38 Modalités

¹ Le gérant de fortune répond personnellement, dans tous les cas, de la bonne exécution des tâches déléguées.

² Il doit posséder dans son dossier une copie des documents ayant servi à remplir les obligations en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme. Le mandataire certifie par écrit au gérant de fortune que les copies remises sont conformes aux documents originaux.

³ Le mandataire ne peut faire à son tour appel à un tiers.

Section 6

Obligation d'établir et de conserver des documents (art. 7 LBA)

Art. 39 Etablissement et organisation de la documentation

¹ Le gérant de fortune établit et organise sa documentation de manière à ce que la direction de l'Organisme d'autorégulation de l'Association suisse des gérants de fortune ou un tiers désigné par celle-ci en vertu de l'article 18, alinéa 2 LBA, puisse en tout temps se faire une idée objective sur le respect des obligations en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Il doit en particulier conserver les documents suivants :

- a. une copie des documents ayant servi à la vérification de l'identité du cocontractant;
- b. dans les cas prévus à la section 2, la déclaration écrite du cocontractant concernant l'identité de l'ayant droit économique;
- c. dans les cas prévus à l'article 28, une note écrite relative à l'objet et au but de la relation d'affaires;
- d. une note écrite relative aux résultats de l'application des critères énoncés à l'article 30;
- e. une note écrite ou les documents relatifs aux résultats des clarifications prévues à l'article 29;
- f. les documents relatifs aux transactions effectuées;

- g. une copie des communications au sens de l'article 9, alinéa 1 LBA;
- h. une liste de ses relations d'affaires soumises à la LBA.

³ Les documents doivent permettre de reconstituer chaque transaction.

Art. 40 Conservation des documents

¹ Le gérant de fortune conserve les documents et pièces justificatives de façon à ce qu'il soit à même de donner suite à une demande d'informations de la direction de l'Organisme d'autorégulation de l'Association suisse des gérants de fortune dans un délai raisonnable.

² Les documents et pièces justificatives doivent être conservés en Suisse en un lieu sûr et accessible en tout temps.

³ La conservation des documents sous forme électronique doit respecter les exigences prévues par l'ordonnance du Conseil fédéral du 24 avril 2002 concernant la tenue et la conservation des livres de comptes. Le serveur utilisé doit être situé en Suisse ou, si tel n'est pas le cas, le gérant de fortune doit disposer en Suisse d'une copie physique ou électronique actuelle des documents pertinents.

Chapitre 3 Mesures organisationnelles (art. 8 LBA)

Art. 41 Intégrité et formation

¹ Le gérant de fortune veille à sélectionner avec soin le personnel exerçant une activité assujettie à la LBA.

² Il veille en outre à ce que les collaborateurs assujettis à la LBA reçoivent une formation de base et continue dans les domaines de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme. En particulier, il s'assure que:

- a. ses collaborateurs assujettis à la LBA connaissent le contenu du chapitre 2 de la LBA et celui du présent règlement et soient concrètement à même de mettre en œuvre les obligations de diligence dans leur activité;
- b. les membres du service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme disposent en outre des connaissances nécessaires à l'exécution de leurs tâches;
- c. le responsable de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme, ainsi que son remplaçant, se tiennent au fait de l'actualité en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme et bénéficient d'une formation continue adéquate sur les aspects revêtant pour eux, dans ce domaine, une importance déterminante.

³ Les gérants de fortune nouvellement assujettis au présent règlement disposent d'un délai de six mois dès leur adhésion pour assurer la formation de leurs collaborateurs. Les nouveaux collaborateurs assujettis à la LBA doivent recevoir la formation adéquate dans les six mois à compter

de leur fonction. Les nouveaux responsables de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme et les nouveaux remplaçants doivent disposer de la formation nécessaire lors de leur entrée en fonction.

Art. 42 Directives internes

¹ Le gérant de fortune qui emploie plus de dix collaborateurs exerçant une activité assujettie à la LBA édicte des directives internes précisant les modalités d'application dans l'entreprise des obligations en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Il règle en particulier dans ses directives:

- a. la répartition interne des tâches et les responsabilités;
- b. la vérification de l'identité du cocontractant;
- c. l'identification de l'ayant droit économique;
- d. le renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'identification de l'ayant droit économique;
- e. les obligations de clarification;
- f. l'obligation d'établir et de conserver des documents;
- g. le cas échéant, les critères permettant de détecter les relations d'affaires présentant un risque accru;
- h. le cas échéant, les critères permettant de détecter les transactions présentant un risque accru;
- i. les modalités de base de la surveillance des transactions;
- j. les critères en fonction desquels il peut être fait appel à des tiers selon l'article 36.

³ Les directives internes doivent être approuvées par l'organe de direction à son plus haut niveau.

⁴ Elles doivent être communiquées de manière adéquate aux personnes concernées.

⁵ La direction de l'Organisation d'autorégulation de l'Association des gérants de fortune peut exiger du gérant de fortune qui lui est affilié, s'il n'emploie pas plus de dix personnes exerçant une activité assujettie à la LBA, qu'il édicte néanmoins des directives internes lorsque cela semble nécessaire pour une organisation interne adéquate.

Art. 43 Service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme

¹ Le gérant de fortune désigne les personnes qualifiées qui constituent le service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Le service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme comprend au minimum un responsable de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme et son remplaçant.

³ Les membres ne comptant qu'un seul collaborateur exerçant une activité assujettie à la LBA confient à ce dernier la tâche de responsable de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme. Ils désignent comme remplaçant une personne physique ou morale externe à l'entreprise, dont la tâche se limite à garantir l'accès aux documents. Ils peuvent désigner à ce titre leur organe de révision.

⁴ Le service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme:

- a. prépare, s'il y a lieu, les directives internes en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme et veille à leur application;
- b. planifie et surveille la formation interne;
- c. conseille dans toutes les questions relatives à la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

Art. 44 Contrôles internes

¹ Le gérant de fortune dont le personnel exerçant une activité assujettie à la LBA dépasse l'équivalent de 20 postes à plein temps désigne une ou plusieurs personnes qualifiées qui surveillent le respect de la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

² Les personnes chargées de cette surveillance ne peuvent:

- a. contrôler les relations d'affaires dans lesquelles elles sont elles-mêmes intervenues;
- b. être membres du service de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

³ La direction de l'Organisation d'autorégulation de l'Association des gérants de fortune peut exiger du gérant de fortune, s'il n'est pas visé par l'alinéa 1, qu'il désigne un ou plusieurs collaborateurs internes à titre des contrôleurs lorsque cela semble nécessaire pour assurer le contrôle du respect des obligations en matière de prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme.

Art. 45 Recours à un tiers

¹ Le gérant de fortune peut charger des spécialistes externes d'effectuer les tâches énumérées aux article 43, alinéa 4 et 4.

² Il répond personnellement, dans tous les cas, de la bonne exécution des tâches déléguées.

Chapitre 4 Rupture de la relation d'affaires et obligation de communiquer (art. 9 à 10 LBA)

Art. 46 Rupture de la relation d'affaires

¹ Le gérant de fortune doit rompre aussi rapidement que possible la relation d'affaires lorsque:

- a. les doutes sur les indications concernant l'identité du cocontractant subsistent au terme de la procédure de renouvellement;
- b. les soupçons que les indications données sur l'identité du cocontractant ou de l'ayant droit économique étaient sciemment erronées se confirment.

Art. 47 Interdiction de rompre la relation d'affaires

¹ Lorsque les conditions déterminant l'obligation de communiquer selon l'article 9, alinéa 1 LBA sont remplies, la relation d'affaires avec le cocontractant ne peut pas être rompue.

² Le gérant de fortune ne peut pas rompre une relation d'affaires ni autoriser des actes de disposition portant sur des montants importants lorsque des signes concrets montrent qu'un séquestre ou une autre mesure de blocage va être ordonné par une autorité.

Art. 48 Gestion de fortune

Pendant la durée du blocage, la gestion de fortune est autorisée, à l'exception des actes ayant pour effet de transférer le pouvoir de disposer des valeurs patrimoniales.

Art. 49 Comportement en l'absence de décision des autorités

¹ Lorsque, dans le délai légal de cinq jours ouvrables à compter du jour de la communication, l'intermédiaire financier ne reçoit pas de décision des autorités de poursuite pénale qui maintient le blocage des valeurs patrimoniales, il peut apprécier librement si et dans quelle mesure il entend poursuivre la relation d'affaires.

Art. 50 Droit de communication

Lorsqu'un gérant de fortune n'a pas de soupçons fondés au sens de l'article 9, alinéa 1 LBA au sujet d'une relation d'affaires mais possède des indices que des valeurs patrimoniales proviennent d'un crime ou que des capitaux sont utilisés à des fins criminelles, il peut faire usage de son droit de communication au sens de l'article 305^{ter}, alinéa 2 du code pénal, et communiquer ces indices au bureau de communication en matière de blanchiment d'argent.

Art. 51 Restitution des valeurs patrimoniales

Lorsqu'un gérant de fortune refuse d'établir une relation d'affaires ou y met un terme en application des articles 18, 26, 46 ou à la suite des clarifications selon l'article 29, il ne peut autoriser ou concourir au retrait de valeurs patrimoniales dépassant la somme de 25'000 francs que sous une forme qui permette aux autorités d'en suivre la trace (« *paper trail* »). Cette règle ne s'applique pas aux opérations de caisse.

Art. 52 Blocage des fonds par des tiers

Lorsque le gérant de fortune n'est pas en mesure de procéder lui-même au blocage, il informe l'intermédiaire financier soumis à la LBA qui est en mesure d'y procéder.

Chapitre 5 Dispositions finales

Art. 53 Dispositions transitoires

¹ Les exigences fixées à l'article 10 doivent être appliquées aux relations d'affaires établies après l'entrée en vigueur du présent règlement, ou lorsqu'un renouvellement de la vérification de l'identité du cocontractant ou de l'identification de l'ayant droit économique doit avoir lieu conformément à l'article 27.

² Le gérant de fortune met en place un contrôle conforme à l'article 44 d'ici au 1^{er} janvier 2010.

Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo

Capitolo 1 Disposizioni generali

Art. 1 Campo di applicazione e oggetto

¹ Il presente Regolamento si applica ai gestori patrimoniali affiliati all'Organismo di autodisciplina dell'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG).

² Esso definisce, nell'ambito della loro attività di intermediari finanziari ai sensi dell'art. 2 capoverso 3 LRD, gli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo, in particolare quelli menzionati al capitolo 2 della LRD.

Art. 2 Autodisciplina equivalente³

Il presente Codice deontologico è riconosciuto dall'autorità di vigilanza competente come autoregolamentazione equivalente ai sensi de l'articolo 14 capoverso 2 ORD FINMA 1.

Art. 3 Definizioni

Ai sensi del presente regolamento, si intende per:

- a. *operazione di cassa*: ogni operazione in contanti (segnatamente il cambio e la vendita di assegni di viaggio), la sottoscrizione di titoli al portatore, nonché la compera e la vendita di metalli preziosi, sempre che queste operazioni non siano legate a una relazione d'affari durevole;
- b. *relazioni d'affari durevoli*: relazioni d'affari che non si esauriscono nell'esecuzione di attività assoggettate uniche. La gestione patrimoniale rappresenta una relazione d'affari durevole;
- c. *gruppo*: società che, attraverso la detenzione della maggioranza dei voti o in altra guisa, riunisce sotto una direzione unica due o più società e allestisce un conto di gruppo;
- d. persone politicamente esposte:
 1. le persone che occupano una funzione pubblica preminente all'estero quali: capi di Stato e di Governo, politici di alto rango a livello nazionale, alti funzionari dell'amministrazione, della giustizia, dell'esercito e dei partiti a livello nazionale, organi superiori delle imprese pubbliche di importanza nazionale;

³ Disposizione in corso d'approvazione par la FINMA

2. le imprese e persone che sono riconoscibilmente legate alle suddette persone per motivi famigliari, personali o d'affari.

e. *trasferimento di denaro e di valori*: il trasferimento di valori patrimoniali, escluso il trasporto fisico, attraverso l'accettazione di contanti, assegni o altri mezzi di pagamento e il pagamento della somma corrispondente in contanti o in altra forma attraverso il trasferimento scritturale, la comunicazione, il bonifico o altra utilizzazione di un sistema di pagamento o di conteggio.

Art. 4 Definizione di società di sede

¹ Sono considerate società di sede, fatti salvi i capoversi 2 e 3, tutte le persone giuridiche svizzere o estere, le società, le Anstalten, le fondazioni, i trust, le società fiduciarie e tutte le formazioni analoghe che non esercitano un'attività commerciale, di fabbricazione, o altre attività gestite secondo criteri commerciali.

² Le persone giuridiche e le società che perseguono lo scopo di salvaguardare mediante un'azione comune gli interessi dei propri membri o dei propri beneficiari, oppure che si propongono un fine politico, religioso, scientifico, artistico, benefico, ricreativo (o simili), non sono considerate società di sede nella misura in cui esse perseguono unicamente detti obbiettivi statutari.

³ Non sono considerate società di sede le società, le Anstalten, le fondazioni, i trust, le fiduciarie che detengono la maggioranza di una o più società le quali a loro volta esercitano un'attività commerciale, di fabbricazione, oppure altre attività produttive gestite secondo criteri commerciali, e il cui scopo non consiste prevalentemente nell'amministrazione di patrimoni di terzi. Questa disposizione è applicabile per analogia alle società che detengono e amministrano immobili.

⁴ Sono considerati indizi per l'esistenza di una società di sede:

- a. l'assenza di uffici propri (indirizzo presso terzi, sede presso un avvocato, una società fiduciaria, una banca ecc.) oppure
- b. l'assenza di personale proprio impiegato.

⁵ Qualora, il gestore di patrimoni non classifichi il contraente come società di sede nonostante la presenza di uno o di entrambi gli indizi di cui al capoverso 4, è necessario mettere agli atti i motivi per tale decisione.

Art. 5 Relazioni d'affari proibite

¹ Il gestore di patrimoni non può intrattenere relazioni d'affari sottoposte alla LRD con banche che non hanno una presenza fisica nello Stato secondo il diritto del quale sono organizzate (banche fittizie), ad eccezione delle banche che fanno parte di un gruppo finanziario che è oggetto di una vigilanza consolidata adeguata.

² Il gestore di patrimoni non può intrattenere relazioni d'affari sottoposte alla LRD con imprese o persone di cui sa o deve presumere che finanzino il terrorismo o costituiscano un'organizzazione criminale, oppure che sono membri o sostengono una siffatta organizzazione.

Art. 6 Avvio della relazione d'affari e esecuzione delle transazioni

¹ Una relazione d'affari è considerata avviata al momento della conclusione del contratto.

² Di regola, prima di effettuare transazioni nell'ambito di una relazione d'affari, bisogna essere in possesso di tutte le indicazioni necessarie per l'identificazione del contraente e per l'accertamento dell'avente diritto economico.

³ Qualora manchino alcune indicazioni relative all'identificazione del contraente o all'accertamento dell'avente diritto economico, la gestione patrimoniale è eccezionalmente autorizzata, a condizione che il gestore di patrimoni, attraverso un opportuno sistema di controllo, reperisca i dati mancanti il prima possibile, ma al più tardi entro 90 giorni. Trascorso questo periodo, il gestore di patrimoni interrompe la relazione conformemente al capitolo 4.

Capitolo 2 Obblighi di diligenza (art. 3 - 8 LRD)

Sezione 1

Identificazione del contraente

Art. 7 Informazioni richieste

¹ Al momento dell'avvio di una relazione d'affari, il gestore di patrimoni deve richiedere al contraente le seguenti informazioni :

- a. per le persone fisiche e i titolari di ditte individuali:
 1. il cognome e il nome;
 2. la data di nascita;
 3. l'indirizzo del domicilio;
 4. la cittadinanza.
- b. per le persone giuridiche e le società di persone:
 1. la ditta;
 2. l'indirizzo della sede.

² Se il contraente proviene da un Paese nel quale non sono utilizzate le date di nascita o gli indirizzi del domicilio, l'esigenza di queste indicazioni decade. Questa situazione eccezionale deve essere motivata in una nota agli atti.

Art. 8 Persone fisiche e titolari di ditte individuali

¹ Al momento dell'avvio di una relazione d'affari con una persona fisica o con il titolare di una ditta individuale, il gestore di patrimoni identifica il contraente esaminando un documento d'identificazione di quest'ultimo.

² Se la relazione d'affari è avviata senza che i due contraenti si siano incontrati, il gestore di patrimoni verifica inoltre l'indirizzo del domicilio attraverso uno scambio di corrispondenza o con ogni altro mezzo pertinente.

³ Sono ammessi tutti documenti d'identificazione rilasciati da un'autorità svizzera o estera e provvisti di fotografia.

⁴ All'avvio di una relazione d'affari con un minore rappresentato da una persona maggiorenne, va accertata l'identità della persona maggiorenne al posto di quella del minore.

Art. 9 Persone giuridiche e società di persone

¹ Al momento dell'avvio di una relazione d'affari con una persona giuridica o con una società di persone, il gestore di patrimoni identifica il contraente sulla scorta di uno dei seguenti documenti:

- a. estratto del registro di commercio rilasciato dall'ufficiale del registro di commercio;
- b. estratto scritto tratto da una banca dati gestita da un'autorità di sorveglianza o dalle autorità del registro di commercio;
- c. estratto scritto tratto da liste e banche dati affidabili e amministrare privatamente.

² L'identità delle persone giuridiche e delle società di persone non iscritte a registro di commercio è accertata sulla base di uno dei seguenti documenti:

- a. statuto, atto costitutivo o contratto di costituzione, attestato dell'ufficio di revisione, autorizzazione ufficiale di esercitare l'attività oppure documento equivalente;
- b. estratto scritto tratto da una banca dati gestita da un'autorità di sorveglianza;
- c. estratto scritto tratto da liste e banche dati affidabili e amministrare privatamente.

³ Al momento dell'identificazione, l'estratto del registro di commercio, l'attestato dell'organo di revisione e l'estratto di liste o banche dati non devono risalire a più di 12 mesi e devono riflettere la situazione attuale.

⁴ Il gestore di patrimoni provvede lui stesso ad ottenere l'estratto menzionato al capoverso 1 let. b e c, nonché capoverso 2 let. b e c.

Art. 10 Rappresentante di una persona giuridica

¹ Se il contraente è una persona giuridica, il gestore di patrimoni verifica l'identità delle persone fisiche che avviano la relazione d'affari in suo nome, conformemente all'articolo 8.

² Inoltre, egli prende conoscenza dei loro poteri di rappresentanza, sulla base di uno dei seguenti documenti:

- a. qualora il rappresentante agisca come organo o procuratore: un documento conforme all'art. 9, se esso attesta la sua qualità di organo o di procuratore;
- b. in ogni caso: un documento proveniente dal contraente e che attesti i poteri di rappresentanza conferiti al rappresentante e la loro estensione.

³ Se il contraente è un intermediario finanziario svizzero ai sensi dell'art. 2 capoverso 2 o 3 LRD, il cui domicilio o sede si trova in Svizzera oppure un intermediario finanziario che esercita un'attività fra quelle enunciate all'art. 2 capoverso 2 o 3 LRD, il cui domicilio o sede si trova all'estero ed è assoggettato a vigilanza ed a regolamentazione equivalente in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo, il gestore di patrimoni può, in alternativa alla procedura definita ai capoversi 1 e 2, farsi consegnare un registro delle firme, oppure ricorrere ad uno scambio di chiavi elettroniche o altri supporti generalmente utilizzati in quest'ambito.

⁴ Il gestore di patrimonio attesta il proprio operato in uno scritto posto nell'incarto.

Art. 11 Forma e conservazione dei documenti

¹ Fatto salvo l'art. 13, il gestore di patrimoni si fa consegnare i documenti d'identificazione in originale o in copia autenticata.

² Egli conserva nell'incarto la copia autenticata o fa una copia del documento presentatogli; sulla stessa egli attesta di avere esaminato l'originale o la copia autenticata e vi appone la firma e la data.

Art. 12 Attestazione di autenticità

¹ L'attestazione di autenticità della copia del documento d'identificazione può essere rilasciata da:

- a. un notaio o un ente pubblico normalmente preposto al rilascio di tali attestazioni.
- b. un intermediario finanziario ai sensi dell'art. 2 capoverso 2 o 3 LRD, il cui domicilio o sede si trova in Svizzera oppure un intermediario finanziario che esercita un'attività ai sensi dell'art. 2 capoverso 2 o 3, il cui domicilio o sede si trova all'estero sempre che esso sia sottoposto a

vigilanza e regolamentazione equivalenti in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Al momento dell'identificazione, l'attestazione di autenticità non deve risalire a più di dodici mesi.

Art. 13 Rinuncia all'attestazione di autenticità e assenza del documento d'identità

¹ Il gestore di patrimoni può rinunciare all'attestazione di autenticità nel caso di relazioni d'affari avviate per corrispondenza, se egli prevede delle misure ulteriori che permettano di verificare l'identità e l'indirizzo del contraente.

² Se il contraente non dispone di documenti d'identificazione, l'identità può essere eccezionalmente accertata sulla base di altri documenti probanti. Questa situazione eccezionale deve essere motivata in una nota.

Art. 14 Operazione di cassa

¹ In caso di un'operazione di cassa, il gestore di patrimoni deve identificare il contraente solamente quando una o più transazioni che sembrano legate tra di loro raggiungono o superano gli importi seguenti:

- a. 5'000 franchi per un'operazione di cambio;
- b. 25'000 franchi per tutte le altre operazioni di cassa.

² Quando delle nuove operazioni ai sensi del capoverso 1 sono effettuate con lo stesso contraente, il gestore di patrimoni si assicura che l'identità della persona ordinante l'operazione coincida con quella figurante nei documenti utilizzati per l'identificazione per la prima operazione effettuata ed inserisce una nota in merito nell'incarto.

³ In presenza di indizi secondo i quali i valori patrimoniali provengano da un'infrazione ai sensi dell'articolo 9 capoverso 1 LRD, il contraente deve essere identificato, anche se gli importi determinanti non sono raggiunti.

Art. 15 Indicazioni sul contraente ordinante negli ordini di bonifico

¹ Per tutti gli ordini di bonifico superiori ai 1'500 franchi, il gestore di patrimoni indica il nome, il numero di conto e l'indirizzo del contraente ordinante. In assenza di un numero di conto, il gestore di patrimoni deve utilizzare un numero d'identificazione unico. L'indirizzo può essere sostituito dal luogo e dalla data di nascita del contraente ordinante, dal suo numero cliente o da un numero d'identità nazionale.

² Per i bonifici nazionali, il gestore di patrimoni può limitarsi all'indicazione del numero di conto o ad un numero d'identificazione unico, a condizione che sia in grado, nell'arco di tre giorni lavorativi e su richiesta dell'intermediario finanziario del beneficiario, di fornire le informazioni rimanenti.

³ Il gestore di patrimoni regola la procedura da rispettare in caso di ricezione di ordini di bonifico contenenti delle informazioni incomplete sul contraente ordinante ai sensi del capoverso 1. In questo caso procede secondo un approccio basato sui rischi.

Art. 16 Persone giuridiche quotate in borsa

¹ Il gestore di patrimoni può rinunciare a identificare una persona giuridica quotata in borsa.

² Se vi rinuncia, il gestore di patrimoni ne indica i motivi nell'incarto.

Art. 17 Ulteriori relazioni d'affari

Non è necessario identificare nuovamente un contraente, già correttamente identificato, che apre ulteriori relazioni d'affari. Questa regola trova applicazione anche per la verifica dell'identità delle persone che avviano la relazione e per la presa di conoscenza delle disposizioni in materia di procure ai sensi dell'art. 10.

Art. 18 Insuccesso dell'identificazione del contraente

Qualora il contraente non possa essere identificato, il gestore di patrimoni si rifiuta di stabilire una relazione d'affari o la interrompe conformemente alle disposizioni del capitolo 4.

Sezione 2

Accertamento relativo all'avente diritto economico (art. 4 LRD)

Art. 19 Principio

¹ Il gestore di patrimoni deve chiedere al contraente una dichiarazione scritta indicante chi è l'avente diritto economico qualora il contraente non sia l'avente diritto economico o vi siano dubbi in merito, in particolare quando:

- a. una persona che, in modo manifesto, non ha legami sufficientemente stretti con il contraente è in possesso di una procura che autorizza il prelevamento di valori patrimoniali;
- b. i valori patrimoniali apportati dal contraente sono manifestamente superiori alla sua disponibilità finanziaria;
- c. dalle sue relazioni con il contraente emergono altre constatazioni insolite;
- d. la relazione d'affari è avviata senza contatti personali con il contraente.

² L'avente diritto economico può essere una persona fisica o una persona giuridica.

Art. 20 Società di sede

¹ Se il contraente è una società di sede, il gestore di patrimoni deve sempre chiedere al contraente una dichiarazione scritta indicante chi è l'avente diritto economico. Una società di sede non può essere l'avente diritto economico.

² Se constata che una persona giuridica o società che ha come scopo la salvaguardia degli interessi dei suoi membri tramite un'azione comune o che persegue fini politici, religiosi, scientifici, artistici, benefici, ricreativi o analoghi non persegue unicamente questi fini statutari, il gestore di patrimoni deve chiedere al contraente una dichiarazione scritta indicante chi è l'avente diritto economico.

Art. 21 Operazioni di cassa

¹ Il gestore di patrimoni deve richiedere al contraente una dichiarazione scritta indicante l'identità dell'avente diritto economico se una o più transazioni che sembrano legate tra loro raggiungono o superano i seguenti valori soglia:

- a. 5'000 franchi per un'operazione di cambio;
- b. 25'000 franchi per le altre operazioni di cassa.

² Se esiste il dubbio che il contraente è l'avente diritto economico o quando emergono degli indizi secondo i quali i valori patrimoniali provengono da un'infrazione ai sensi dell'art. 9 capoverso 1 LRD, o servono come finanziamento del terrorismo, la dichiarazione relativa all'avente diritto economico deve essere richiesta, anche se i valori soglia non sono raggiunti.

Art. 22 Informazioni necessarie

¹ Nella dichiarazione scritta relativa all'avente diritto economico, il contraente deve indicare le informazioni seguenti:

- a. Per le persone fisiche e i titolari ditte individuali:
 1. il cognome ed il nome;
 2. la data di nascita;
 3. l'indirizzo del domicilio;
 4. la cittadinanza.
- b. Per le persone giuridiche e le società di persone:
 1. la ditta;
 2. l'indirizzo della sede.

² La dichiarazione può essere firmata dal contraente o da una persona al beneficio di procura. Nel caso di persone giuridiche la dichiarazione deve essere firmata da un organo oppure da una persona al beneficio di procura.

³ Se l'avente diritto economico proviene da un Paese nel quale non si richiedono data di nascita o indirizzo del domicilio, l'esigenza di queste indicazioni decade. Questa situazione eccezionale deve essere motivata in una nota agli atti.

Art. 23 Unioni di persone, trust e altre unità patrimoniali organizzate

¹ Nel caso di unioni di persone, di trust e di altre unità patrimoniali organizzate dove non vi è alcun avente diritto economico determinato, si deve esigere dal contraente, al posto dell'accertamento dell'avente diritto economico, una dichiarazione scritta che attesti questa fattispecie. La dichiarazione del contraente deve inoltre contenere le informazioni richieste all'articolo 22 per le seguenti persone:

- a. il fondatore effettivo;
- b. le persone abilitate a dare istruzioni al contraente o ai suoi organi;
- c. la cerchia di persone, suddivisa in categorie, che possono entrare in linea di conto quali beneficiari;
- d. i curatori, protettori, ecc.

² Nel caso di strutture revocabili, la dichiarazione del contraente deve contenere le indicazioni richieste all'articolo 22 sul fondatore effettivo.

Art. 24 Contraente quale intermediario finanziario sottoposto a vigilanza in virtù di una legge speciale o istituto di previdenza professionale esonerato dall'obbligo fiscale

¹ Se il contraente è un intermediario finanziario sottoposto a vigilanza in virtù di una legge specifica oppure un istituto della previdenza professionale esonerato dall'obbligo fiscale ai sensi dell'art. 2 capoverso 4 lettera b LRD, non è necessario chiedere una dichiarazione relativa all'avente diritto economico.

² Per intermediario finanziario sottoposto a vigilanza in virtù di una legge speciale si intende:

- a. un intermediario finanziario ai sensi dell'articolo 2 capoverso 2 LRD con domicilio o sede in Svizzera;
- b. un intermediario finanziario che esercita un'attività menzionata all'art. 2 capoverso 2 LRD, avente domicilio o sede all'estero, se sottoposto ad una vigilanza e ad una regolamentazione equivalenti in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

³ In caso di abusi o di avvertimenti generali della FINMA relativamente a singoli istituti o istituti di un determinato Paese, anche un contraente ai sensi del capoverso 1 deve fornire una dichiarazione relativa all'avente diritto economico.

Art. 25 Se il contraente è una forma d'investimento collettivo o una società di partecipazione

¹ Se il contraente è una forma d'investimento collettivo o una società di partecipazione con più di venti aventi diritto economico, il gestore di patrimoni è liberato dall'obbligo di chiedere una dichiarazione.

² Non è necessario richiedere una dichiarazione relativa all'avente diritto economico per le forme d'investimento collettivo e le società di partecipazione quotate in borsa.

Art. 26 Insuccesso dell'accertamento dell'avente diritto economico

Se persistono dubbi in merito all'esattezza della dichiarazione del contraente ed i medesimi non possono essere dissolti con ulteriori chiarimenti, il gestore di patrimoni rifiuta di avviare una relazione d'affari o la interrompe conformemente alle disposizioni del capitolo 4.

Sezione 3

Rinnovo dell'identificazione del contraente o dell'accertamento dell'avente diritto economico (art. 5 LRD)

Art. 27 Rinnovo

Nel corso della relazione d'affari occorre procedere nuovamente all'identificazione del contraente o all'accertamento relativo all'avente diritto economico se sorgono dubbi in ordine:

- a. all'esattezza delle indicazioni relative all'identità del contraente;
- b. al fatto che il contraente sia identico all'avente diritto economico;
- c. all'esattezza della dichiarazione consegnata dal contraente riguardo all'avente diritto economico.

Sezione 4

Obbligo di chiarimento

Art. 28 Raccolta d'informazioni

¹ Il gestore di patrimoni deve sistematicamente ottenere delle informazioni relative all'oggetto e allo scopo di ogni relazione d'affari.

² L'estensione delle informazioni da raccogliere è in funzione del rischio che la relazione d'affari rappresenta.

³ Qualora la relazione d'affari non rappresenti un rischio accresciuto ai sensi dell'articolo 30, l'oggetto e lo scopo della relazione sono da ritenersi impliciti nel contratto scritto di gestione patrimoniale concluso con il contraente.

Art. 29 Obbligo speciale di chiarimento

¹ Una relazione d'affari o una transazione è presunta inusuale, e il gestore di patrimoni deve chiarirne le circostanze economiche e lo scopo, nei i seguenti casi:

- a. una relazione d'affari comporta un rischio accresciuto ai sensi dell'articolo 30;
- b. una transazione comporta un rischio accresciuto ai sensi dell'articolo 31;

² Il gestore di patrimoni deve inoltre procedere ad un chiarimento in presenza di sospetti ai sensi dell'art. 6 let. b LRD.

Art. 30 Relazione d'affari che comportano un rischio accresciuto

¹ Il gestore di patrimoni che ha più di venti relazioni d'affari durevoli stabilisce dei criteri per individuare le relazioni d'affari che comportano un rischio accresciuto.

² In funzione delle caratteristiche proprie e segnatamente delle competenze del gestore di patrimoni, entrano in considerazione i criteri seguenti:

- a. sede o domicilio del contraente e dell'avente diritto economico oppure loro cittadinanza;
- b. tipo e luogo dell'attività commerciale del contraente e dell'avente diritto economico;
- c. assenza di un contatto personale con il contraente e con l'avente diritto economico;
- d. tipo di prestazioni o di prodotti richiesti;
- e. ammontare dei valori patrimoniali depositati;
- f. ammontare dei valori patrimoniali in entrata e in uscita;
- g. paese di origine o di destinazione di pagamenti frequenti;
- h. nelle relazioni d'affari con intermediari finanziari con domicilio o sede all'estero: la legislazione in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo alla quale sono sottoposti.

³ Le relazioni d'affari con persone politicamente esposte sono considerate in ogni caso a rischio accresciuto.

⁴ Il gestore di patrimoni individua le relazioni d'affari che comportano un rischio accresciuto ai sensi dei capoversi 2 e 3 e le designa come tali per uso interno.

⁵ Se il gestore di patrimoni non è tenuto a stabilire dei criteri che gli permettano di individuare le relazioni d'affari a rischio accresciuto giusta il capoverso 1, egli determina le relazioni d'affari presentanti un rischio accresciuto sulla scorta dei criteri menzionati al capoverso 2. In ogni caso, il gestore di patrimoni identifica come a rischio accresciuto le relazioni d'affari il cui contraente o l'avente diritto economico:

- a. è una persona politicamente esposta;
- b. ha la propria sede, il proprio domicilio, la propria attività economica in un Paese o territorio non cooperativo o oggetto di sanzioni internazionali riconosciute dalla Svizzera;
- c. esercita un'attività reputata rischiosa dal Seco;
- d. è oggetto di procedimenti penali per crimini o delitti.

⁶ L'organo direttivo ai massimi livelli o almeno uno dei suoi membri prende le decisioni riguardanti l'avvio e il proseguimento di una relazione d'affari che comporta un rischio accresciuto.

Art. 31 Transazioni che comportano un rischio accresciuto

¹ Il gestore di patrimoni che ha più di venti relazioni d'affari durevoli stabilisce dei criteri per individuare le transazioni che comportano un rischio accresciuto.

² Entrano in considerazione, secondo le caratteristiche proprie del gestore di patrimoni, i criteri seguenti:

- a. ammontare dei valori patrimoniali in entrata e in uscita;
- b. divergenze considerevoli quanto al tipo, volume e frequenza delle transazioni rispetto a quelle normalmente effettuate nell'ambito della relazione d'affari;
- c. divergenze considerevoli quanto al tipo, volume e frequenza delle transazioni rispetto a quelle normalmente effettuate nell'ambito di relazioni d'affari simili.

³ Se il gestore di patrimoni non è tenuto a stabilire dei criteri che gli permettano di individuare le transazioni che comportano un rischio accresciuto giusta il capoverso 1, egli determina le transazioni presentanti un rischio accresciuto sulla scorta dei criteri menzionati al capoverso 2.

⁴ Sono considerate in ogni caso transazioni comportanti un rischio accresciuto:

- d. le transazioni mediante le quali vengono fisicamente depositati o prelevati, in una volta o in modo scaglionato, denaro contante, titoli al portatore o metalli preziosi per un controvalore pari o superiore a CHF 100'000;
- e. i trasferimenti di denaro e di valori se una o più transazioni che sembrano legate tra di loro raggiungono o superano l'importo di CHF 5'000.

Art. 32 Sorveglianza delle relazioni d'affari e delle transazioni

¹ Il gestore di patrimoni provvede a un'efficace sorveglianza delle relazioni d'affari e delle transazioni.

² Egli si assicura, segnatamente nell'esecuzione di operazioni senza un contatto personale con il contraente, che i rischi legati all'utilizzo di nuove tecnologie siano, nell'ambito della gestione dei rischi, identificati, limitati e controllati in modo adeguato.

Art. 33 Contenuto dei chiarimenti

¹ In presenza di un caso menzionato all'art. 29, il gestore di patrimoni procede senza indugio a speciali chiarimenti .

² A seconda delle circostanze, occorre chiarire in particolare:

- a. la provenienza dei valori patrimoniali apportati;
- b. l'impiego dei valori patrimoniali prelevati;
- c. il retroscena economico dei versamenti in entrata;
- d. la provenienza del patrimonio del contraente e dell'avente diritto economico;
- e. l'attività professionale o commerciale svolta dal contraente e dall'avente diritto economico;
- f. la situazione finanziaria del contraente e dell'avente diritto economico;
- g. per le persone giuridiche: chi le controlla;
- h. per i trasferimenti di denaro e di valori: cognome, nome e indirizzo del destinatario.

Art. 34 Procedura

¹ A seconda delle circostanze, i chiarimenti comprendono segnatamente:

- a. la raccolta di informazioni scritte od orali presso il contraente o l'avente diritto economico;
- b. le visite nei luoghi in cui il contraente e l'avente diritto economico svolgono la loro attività;
- c. la consultazione delle fonti e delle banche dati pubblicamente accessibili;
- d. ragguagli presso terzi.

² Il gestore di patrimoni esamina la plausibilità dei risultati dei chiarimenti e li documenta.

³ I chiarimenti possono essere considerati conclusi non appena il gestore di patrimoni può giudicare in modo affidabile se le condizioni per una comunicazione ai sensi dell'art. 9 capoverso 1 LRD sono adempiute.

Art. 35 Mantenimento delle relazioni d'affari dubbiose

Il gestore di patrimoni che decide di mantenere una relazione d'affari dubbiosa deve sorvegliarla in modo rigoroso.

Sezione 5

Delega

Art. 36 Ricorso a terzi

¹ Per l'identificazione del contraente, per l'accertamento dell'avente diritto economico, per il rinnovo dell'identificazione del contraente o dell'accertamento dell'avente diritto economico, così come per l'esecuzione di chiarimenti speciali, il gestore di patrimoni può ricorrere ad un altro intermediario finanziario, qualora quest'ultimo sia sottoposto ad una vigilanza ed una regolamentazione equivalenti in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Per l'adempimento degli obblighi di cui al capoverso 1 il gestore di patrimoni può, mediante un accordo scritto, ricorrere ad un altro terzo se:

- a. sceglie diligentemente il terzo;
- b. istruisce il terzo sui suoi compiti;
- c. controlla l'adempimento degli obblighi da parte del terzo.

Art. 37 Identificazione del contraente e accertamento dell'avente diritto economico nell'ambito di un gruppo

¹ L'identificazione del contraente può essere tralasciata nella misura in cui è già stata operata in modo equivalente alle modalità previste dal presente regolamento nell'ambito del gruppo cui appartiene il gestore di patrimoni. Ciascun gestore di patrimoni interessato deve disporre di una copia dei documenti utilizzati per l'identificazione iniziale.

² Quanto menzionato al capoverso 1 vale parimenti per la verifica dell'identità dei rappresentanti di una persona giuridica e per la presa di conoscenza dei loro poteri di rappresentanza.

³ Il medesimo principio è applicabile quando una dichiarazione relativa all'avente diritto economico è già stata ottenuta in seno al gruppo. Ogni gestore di patrimoni interessato deve disporre di una copia della dichiarazione.

Art. 38 Modalità

¹ Il gestore di patrimoni rimane in ogni caso personalmente responsabile della corretta esecuzione dei compiti delegati.

² Nel suo incarto egli deve disporre di una copia dei documenti di cui si è servito per l'adempimento degli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo. Il mandatario attesta per scritto al gestore di patrimoni che le copie consegnate sono conformi ai documenti originali.

³ Il mandatario non può ricorrere a sua volta ad un terzo.

Sezione 6

Obbligo di allestire e conservare i documenti (art. 7 LRD)

Art. 39 Allestimento ed organizzazione della documentazione

¹ Il gestore di patrimoni allestisce ed organizza la sua documentazione affinché la Direzione dell'Organismo di autodisciplina dell'Associazione Svizzera dei Gestori di Patrimoni o qualsiasi terzo incaricato da quest'ultima in virtù dell'articolo 18 capoverso 2 LRD, possa formarsi in ogni momento un giudizio attendibile sul rispetto degli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Il gestore di patrimoni deve conservare segnatamente:

- a. una copia dei documenti che sono serviti per l'identificazione del contraente;
- b. nei casi di cui alla sezione 2, la dichiarazione scritta consegnata dal contraente relativa all'identità dell'avente diritto economico;
- c. nei casi previsti dall'art. 28, una nota scritta relativa all'oggetto e allo scopo della relazione d'affari;
- d. una nota scritta relativa ai risultati dell'applicazione dei criteri enunciati all'articolo 30;
- e. una nota scritta o i documenti relativi ai risultati dei chiarimenti secondo l'articolo 29;
- f. i documenti relativi alle transazioni effettuate;
- g. una copia delle comunicazioni di cui all'art. 9 capoverso 1 LRD;
- h. una lista delle sue relazioni d'affari sottoposte alla LRD.

³ I documenti devono permettere di ricostruire ogni singola transazione.

Art. 40 Conservazione dei documenti

¹ Il gestore di patrimoni deve conservare i documenti e i giustificativi in modo da essere in grado di soddisfare entro un termine ragionevole le richieste di informazioni da parte della Direzione dell'Organismo di autodisciplina dell'Associazione Svizzera dei Gestori di Patrimoni.

² I documenti e i giustificativi devono essere conservati in Svizzera, in un luogo sicuro e accessibile in ogni momento.

³ La conservazione dei documenti in forma elettronica deve rispettare le esigenze previste dall'Ordinanza del Consiglio federale del 24 aprile 2002 sui libri di commercio. Il server utilizzato deve essere situato in Svizzera. Nel caso contrario, l'intermediario finanziario deve disporre in Svizzera di una copia attuale cartacea o elettronica dei documenti pertinenti.

Capitolo 3 Provvedimenti organizzativi (art. 8 LRD)

Art. 41 Integrità e formazione

¹ Il gestore di patrimoni provvede affinché il personale che esercita un'attività assoggettata alla LRD sia scelto con accuratezza.

² Si assicura inoltre che i suoi collaboratori assoggettati alla LRD ricevano una formazione di base e continua in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo. In particolare si assicura che:

- a. i collaboratori assoggettati alla LRD conoscano i contenuti del capitolo 2 della LRD e del presente regolamento e siano capaci di metterli concretamente in pratica nell'ambito delle loro attività;
- b. i membri del servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo dispongano delle conoscenze necessarie per poter eseguire i propri compiti;
- c. il responsabile della prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo, nonché il suo sostituto, si tengano costantemente aggiornati in merito alle evoluzioni più recenti in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo e beneficino di una formazione continua adeguata relativamente agli aspetti per loro determinanti in tale ambito.

³ Entro sei mesi dalla data di affiliazione i nuovi gestori di patrimoni assoggettati al presente regolamento devono assicurare la formazione dei loro collaboratori. Il gestore di patrimoni deve garantire la formazione adeguata dei nuovi collaboratori assoggettati alla LRD entro sei mesi dalla loro entrata in funzione. I nuovi responsabili della prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo ed i nuovi sostituti devono fruire della formazione necessaria già alla data della loro entrata in funzione.

Art. 42 Direttive interne

¹ Il gestore di patrimoni che impiega più di dieci persone che esercitano un'attività assoggettata alla LRD, elabora delle direttive interne precisando le modalità di attuazione, nella sua impresa, degli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Egli disciplina in particolar modo:

- a. la ripartizione interna dei compiti e delle competenze;
- b. l'identificazione del contraente;
- c. l'accertamento dell'avente diritto economico;
- d. il rinnovo dell'identificazione del contraente o dell'accertamento dell'avente diritto economico;
- e. gli obblighi di chiarimento;
- f. l'obbligo di allestire e conservare i documenti;
- g. se del caso, i criteri per l'individuazione di relazioni d'affari che comportano un rischio accresciuto;
- h. se del caso, criteri per l'individuazione di transazioni che comportano un rischio accresciuto;
- i. le modalità per la sorveglianza delle transazioni;
- j. i criteri secondo i quali si può ricorrere a terzi ai sensi dell'articolo 36.

³ Le direttive interne devono essere approvate dall'organo direttivo ai massimi livelli.

⁴ Le direttive interne devono essere comunicate in maniera adeguata alle persone interessate.

⁵ La Direzione dell'Organismo di autodisciplina dell'Associazione Svizzera dei Gestori di Patrimoni può esigere dal gestore di patrimoni affiliato, che non impiega più di dieci persone che esercitano un'attività sottoposta alla LRD, che egli elabori delle direttive interne, quando questo è necessario al fine di garantire un'adeguata organizzazione interna.

Art. 43 Servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo

¹ Il gestore di patrimoni designa le persone qualificate che compongono il servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Il servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo comprende almeno un responsabile ed un sostituto.

³ I gestori di patrimoni che constano di un solo collaboratore esercitante un'attività assoggettata alla LRD conferiscono al medesimo il compito di responsabile della prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo e designano come suo sostituto una persona fisica o giuridica

esterna all'impresa, la quale si limita ad assicurare l'accesso ai documenti. Per tale funzione di sostituto può essere designato l'organo di revisione.

⁴ Il servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo:

- a. prepara, se necessario, le direttive interne sulla prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo e provvede alla loro applicazione;
- b. pianifica e sorveglia la formazione interna;
- c. presta consulenza per ogni questione relativa alla prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

Art. 44 Controlli interni

¹ Il gestore di patrimoni che impiega più di 20 persone a tempo pieno che esercitano un'attività assoggettata alla LRD, designa una o più persone qualificate che sorveglino il rispetto degli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

² Le persone incaricate della sorveglianza non possono:

- a. controllare nessuna relazione d'affari nell'ambito della quale sono intervenute personalmente;
- b. essere membri del servizio di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

³ La Direzione dell'Organismo di autodisciplina dell'Associazione Svizzera dei Gestori di Patrimoni può esigere dal gestore di patrimoni, che non è toccato dal capoverso 1 di cui sopra, che designi uno o più controllori interni, quando questo è necessario al fine di garantire il controllo del rispetto degli obblighi in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo.

Art. 45 Ricorso a terzi

¹ Il gestore di patrimoni può ricorrere anche a specialisti esterni per l'esercizio delle funzioni enumerate agli art. 43 capoverso 4 e 44.

² Il gestore di patrimoni rimane in ogni caso personalmente responsabile del debito adempimento dei compiti affidati agli specialisti esterni.

Capitolo 4 Interruzione della relazione d'affari e obbligo di comunicazione (art. 9 e 10 LRD)

Art. 46 Interruzione della relazione d'affari

Il gestore di patrimoni deve interrompere la relazione d'affari il più rapidamente possibile quando:

- a. sussistono dubbi in merito a indicazioni fornite dal contraente anche dopo che è stata effettuata la procedura di rinnovo;
- b. nutre il sospetto che gli siano state date scientemente indicazioni false sull'identità del contraente o dell'avente diritto economico.

Art. 47 Divieto d'interrompere la relazione d'affari

¹ Se le condizioni dell'obbligo di comunicazione di cui all'articolo 9 capoverso 1 LRD sono adempiute, la relazione d'affari con il contraente non può essere interrotta.

² Il gestore di patrimoni non può interrompere una relazione d'affari o autorizzare il prelievo di importanti valori patrimoniali se vi sono indizi concreti di un imminente sequestro o di un'altra misura conservativa da parte di un'autorità.

Art. 48 Gestione del patrimonio

Durante il blocco dei beni, la gestione del patrimonio è autorizzata ad eccezione degli atti che comportano il trasferimento del potere di disporre dei valori patrimoniali.

Art. 49 Comportamento in assenza di una decisione da parte delle autorità

Qualora il gestore di patrimoni, entro il termine legale di cinque giorni feriali dalla comunicazione, non riceva dall'autorità incaricata del perseguimento penale una decisione che confermi il blocco dei valori patrimoniali può decidere liberamente se ed in quale misura mantenere la relazione d'affari.

Art. 50 Diritto di comunicazione

Quando un gestore di patrimoni non ha sospetti fondati ai sensi dell'art. 9 capoverso 1 LRD inerenti alla relazione d'affari, ma ha degli indizi che determinati valori patrimoniali provengono da un crimine o che dei capitali sono utilizzati a scopo criminale, egli può fare uso del suo diritto di comunicazione ai sensi dell'articolo 305ter capoverso 2 del Codice penale e comunicare questi indizi all'Ufficio di comunicazione in materia di riciclaggio di denaro.

Art. 51 Restituzione dei valori patrimoniali

Quando un gestore di patrimoni si rifiuta di avviare una relazione d'affari o la interrompe in attuazione degli art. 18, 26, 46 o dei chiarimenti speciali ai sensi dell'articolo 29 può autorizzare o permettere la restituzione dei valori patrimoniali superiori a CHF 25'000 solamente in una forma che permetta alle autorità di continuare a seguirne le tracce ("paper trail"). Questa regola non è valida per le operazioni di cassa.

Art. 52 Blocco dei per valori patrimoniali da parte di terzi

Quando il gestore di patrimoni non è in grado di bloccare dei valori patrimoniali, informa l'intermediario finanziario sottoposto alla legge sul riciclaggio di denaro che è in grado di procedere a questo blocco.

Capitolo 5 Disposizioni finali

Art. 53 Disposizioni transitorie

¹ Le esigenze previste all'articolo 10 devono essere applicate alle relazioni d'affari avviate dopo l'entrata in vigore del presente regolamento, o quando un rinnovo dell'identificazione del contraente o dell'accertamento dell'avente diritto economico deve essere eseguito conformemente all'articolo 27.

² Il gestore di patrimoni si occupa di istaurare un controllo conforme all'articolo 44, al più tardi per il 1° gennaio 2010.



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Mehr Informationen **Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV**
Geschäftsleitung SRO

Telefon 044 228 70 10
Fax 044 228 70 11
E-Mail Morys.cavadini@vsv-asg.ch
Patrick.dorner@vsv-asg.ch
sergio.ceresola@vsv-asg.ch

Der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) ist der führende Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter in der Schweiz. Er wurde 1986 gegründet mit dem Ziel, durch Selbstregulierung ein Gütesiegel für die unabhängige Vermögensverwaltung zu schaffen. Aus diesem Grund setzt der VSV Standesregeln fest, welche von den Mitgliedern befolgt werden müssen. Als Interessenvertreter engagiert sich der Verband für das Ansehen der Branche und den Schutz der Anleger. Zudem ist er in der Aus- und Weiterbildung aktiv. Der VSV zählt heute mehr rund 900 aktive Mitglieder, welche rund zwei Drittel der in der Schweiz von unabhängigen Vermögensverwaltern betreuten Vermögen verwalten.